



**WISSENSCHAFTLICHE  
DIENSTE  
DES  
DEUTSCHEN  
BUNDESTAGES**

## **INFO-BRIEF**

---

**Thema:** **Multilateralismus und Unilateralismus in der  
Außenpolitik der USA**

**Fachbereich II**      Auswärtiges, Internationales Recht,  
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung, Verteidigung,  
Menschenrechte und humanitäre Hilfe

**Bearbeiter:**      ORR Prof. Dr. Thomas v. Winter

**Abschluss der Arbeit:**      4. August 2004

**Reg.-Nr.:**      WF II - 117/04

---

Info-Briefe sind ein Instrument der aktiven Information, die die Wissenschaftlichen Dienste den Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Unterstützung bei der Wahrnehmung des Mandats anbieten. Sie geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages oder seiner Organe wieder. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Zusammenfassung</b>	<b>S.</b>	<b>3</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>S.</b>	<b>5</b>
<b>2. Multilateralismus und Unilateralismus in der außenpolitischen Theoriedebatte der USA</b>	<b>S.</b>	<b>7</b>
<b>2.1 Brzezinskis Konzeption einer Weltordnung durch amerikanische Vorherrschaft</b>	<b>S.</b>	<b>7</b>
<b>2.2 Multilateralisten</b>	<b>S.</b>	<b>9</b>
<b>2.3 Unilateralisten</b>	<b>S.</b>	<b>13</b>
<b>3. Multilateralismus und Unilateralismus in der amerikanischen Außenpolitik seit 1992</b>	<b>S.</b>	<b>17</b>
<b>3.1 Außenpolitik der Regierung von Präsident Clinton</b>	<b>S.</b>	<b>18</b>
<b>3.2 Außenpolitik der Regierung von Präsident Bush jr.</b>	<b>S.</b>	<b>24</b>
<b>4. Die politisch-normative Debatte über Multilateralismus und Unilateralismus</b>	<b>S.</b>	<b>29</b>
<b>4.1 Kritik am Unilateralismus</b>	<b>S.</b>	<b>29</b>
<b>4.2 Kritik am Multilateralismus</b>	<b>S.</b>	<b>35</b>
<b>5. Bedingungsfaktoren der US-amerikanischen Außenpolitik</b>	<b>S.</b>	<b>38</b>
<b>Literatur</b>	<b>S.</b>	<b>43</b>

## **Zusammenfassung**

Die Debatte über amerikanische Außenpolitik wird traditionell im Spannungsfeld gegensätzlicher Grundkonzeptionen geführt. Neben dem Gegensatz zwischen Isolationismus und Internationalismus sowie zwischen Realismus und Idealismus hat in neuerer Zeit das Gegensatzpaar Multilateralismus/Unilateralismus an Bedeutung gewonnen. Danach besteht seit dem Ende des Kalten Krieges für die USA die grundlegende außenpolitische Alternative darin, ob man als letzte verbliebene Supermacht primär multilateral im Rahmen internationaler Abkommen und Institutionen oder aber aus eigener Machtüberlegenheit heraus primär unilateral im Sinne der nationalen Interessen handeln will.

In der außenpolitischen Theoriedebatte der USA wird die Frage nach dem Verhältnis von Unilateralismus und Multilateralismus verknüpft mit einer Analyse der Machtkonstellationen in der derzeitigen Weltordnung. Es geht dabei um das Problem, welche Strategie die USA verfolgen sollen, um in einer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts grundlegend veränderten Weltordnung ihre langfristigen außenpolitischen Ziele realisieren zu können. Während Multilateralisten vor einer Überdehnung der amerikanischen Machtpolitik warnen und für kooperatives Handeln der USA im Rahmen der bestehenden internationalen Institutionenordnung plädieren, sprechen sich Unilateralisten dafür aus, die Dominanz der USA im internationalen Staatengefüge zu erhalten und ihre Machtpotentiale einzusetzen, um Sicherheit zu garantieren und den Zielen der zivilisierten Welt zur Geltung zu verhelfen.

Die reale US-Außenpolitik der letzten Jahrzehnte bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen Multilateralismus und Unilateralismus, in dem die Akzente je nach Situation unterschiedlich gesetzt werden. In nahezu allen Bereichen der amerikanischen Außenpolitik lassen sich sowohl unilaterale als auch multilaterale Elemente nachweisen. In neuerer Zeit wird allerdings häufig behauptet, dass die unilateralen Elemente der amerikanischen Außenpolitik gegenüber den multilateralen in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges zugenommen haben. Ein Vergleich zwischen den außenpolitischen Entscheidungen der Regierungen der Präsidenten Clinton und Bush jr. kann zeigen, ob und wie sich die Gewichte zwischen Multilateralismus und Unilateralismus in neuerer Zeit tatsächlich verschoben haben.

In der politisch-normativen Debatte über die Außenpolitik der USA geht es um die Folgen unilateraler und multilateraler Handlungen für das System der internationalen Beziehungen. Hier stehen sich zwei gegensätzliche Positionen gegenüber. Von den Kritikern der amerikanischen Außenpolitik werden unilaterale Handlungen wegen der vermeintlich zu erwartenden negativen Folgen für das System der internationalen Beziehungen abgelehnt. Vier Hauptargumente werden in diesem Zusammenhang vorgebracht: a) ein drohender Glaubwürdigkeitsverlust der USA als Weltführungsmacht, b) eine Überschätzung militärischer Macht als Mittel der Problemlösung, c) die Erzeugung von politischen Widerständen sowie die Gefährdung politischer Partnerschaften und d) eine Untergrabung der eigenen langfristigen Ziele der USA. Kritiker des Multilateralismus betonen demgegenüber die Legitimität und Effektivität auch unilateraler Handlungen im Kontext des internationalen Systems. Sie verweisen dabei auf a) den prinzipiellen Vorrang des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Amerikaner vor dem internationalen Recht, b) die Notwendigkeit, die Gewaltoption aufrechtzuerhalten, um nicht erpressbar zu sein, c) die Unzulänglichkeiten multilateraler Arrangements und d) die Unbestimmtheit der Begriffe Unilateralismus und Multilateralismus.

Ein übergreifendes Merkmal amerikanischer Außenpolitik ist die Ambivalenz und Selektivität im Umgang mit multilateralen Institutionen. Dafür gibt es strukturelle Ursachen, die mit der Stellung des Landes in der Welt und mit innenpolitischen Gegebenheiten zu tun haben. Man kann im Wesentlichen vier Einflussfaktoren unterscheiden: a) die dominante Machtstellung der USA im internationalen Staatensystem, b) das Bewusstsein von der Vorbildhaftigkeit des amerikanischen Gesellschaftssystems, c) die stark ausgeprägte Gewaltenteilung im amerikanischen Regierungssystem und d) das geringe außenpolitische Interesse der amerikanischen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund treffen amerikanische Regierungen außenpolitische Entscheidungen, indem sie Kosten und Nutzen kooperativen Verhaltens sorgfältig abwägen. Dabei tendieren sie immer dann zu Alleingängen, wenn ihnen die Einschränkungen durch den Multilateralismus zu stark und dessen politische Erfolgsaussichten zu gering erscheinen.

## 1. Einleitung

In der Debatte über amerikanische Außenpolitik wird traditionell zwischen verschiedenen Grundkonzeptionen unterschieden, die als Interpretationsrahmen für die Beurteilung konkreter außenpolitischer Maßnahmen dienen. Dabei wird die Außenpolitik in der Regel im Spannungsfeld gegensätzlicher Orientierungen verortet. Grundkonzeptionen, die seit Jahrzehnten die Sicht auf die amerikanische Außenpolitik geprägt haben, sind Isolationismus und Internationalismus einerseits sowie Realismus und Idealismus andererseits, wobei jeweils verschiedene Varianten unterschieden werden können.<sup>1</sup> In neuerer Zeit haben nun mit dem Gegensatzpaar Multilateralismus/Unilateralismus zwei Orientierungen an Bedeutung gewonnen, die die alten Kontroversen mehr und mehr überlagern.<sup>2</sup> Danach stellt sich seit dem Ende des Kalten Krieges am Beginn der neunziger Jahre für die USA nicht mehr die grundsätzliche Frage nach dem internationalen Engagement; vielmehr besteht die Alternative darin, ob man als letzte verbliebene Supermacht zukünftig primär multilateral zusammen mit Partnern im Rahmen internationaler Abkommen und Institutionen oder aber aus eigener Machtüberlegenheit heraus primär unilateral im Sinne der nationalen Interessen handeln will.<sup>3</sup>

Idealtypisch lassen sich die beiden Begriffe folgendermaßen definieren: **Unilateralismus** orientiert sich vorrangig oder ausschließlich an den nationalen Interessen eines Staates, die aus eigener Kraft oder allenfalls mit Hilfe von Ad-Hoc-Koalitionen aus Staaten mit gleichgerichteten Interessen verfolgt werden. Unilateral agierende Staaten interessieren sich nur für Problemlagen, die ihre vitalen Interessen betreffen. Sie gehen keine Verpflichtungen ein, wenn ihre Interessen nicht tangiert sind. Eine Einschränkung der nationalen Handlungsfreiheit durch international vereinbarte Regeln wird so weit wie möglich vermieden. Eigene vorteilhafte Positionen werden notfalls auch mit Droh- oder Zwangsmitteln durchgesetzt.<sup>4</sup> **Multilateralismus** bezeichnet demgegenüber ein kooperatives Handeln auf der Basis regelgeleiteter, prinzipiell gleichberechtigter und nicht diskriminierender Beziehungen zwischen mehreren Staaten. Multilateralismus berücksichtigt die Interessen aller beteiligten Partner. Er folgt gemeinsam verabredeten, oft rechtlich fixierten Regeln, die alle Beteiligten in gleicher Weise binden. Multilatera-

---

<sup>1</sup> Vgl. Kleinfeld 1988, S. 225; Schild 2002a, S. 25 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Koch 1996, S. 161 f.; Hacke 2003a, S. 609-615.

<sup>3</sup> Vgl. Nye 2002a, S. XIV, 154.

<sup>4</sup> Vgl. Dembinski 2002, S. 1; Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 2; vgl. auch Malone/Khong 2003a, S. 3.

les Handeln fördert institutionelle Arrangements wie internationale Regime und Organisationen. Es bezieht seine Legitimation und seine ordnungsstiftende Wirkung daraus, dass es bei allen Beteiligten ein Gefühl von Beteiligung und Fairness erzeugt.<sup>5</sup>

In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion dienen die Begriffe Multilateralismus/Unilateralismus sowohl zur Analyse und Standortbestimmung als auch zur Bewertung der amerikanischen Außenpolitik. Dabei ist zu betonen, dass es sich eben nur um Typen von strategischen Grundhaltungen in der Außenpolitik handelt, die in der politischen Realität zumindest in Reinform selten vorkommen. So muss zwischen Unilateralismus und Multilateralismus kein strikter Gegensatz bestehen. Es gibt vielmehr viele Abstufungen zwischen den beiden Orientierungen, und in der politischen Realität treten häufig komplexe Situationen auf, in denen Elemente von Unilateralismus und Multilateralismus koexistieren.<sup>6</sup>

Im Zentrum der Diskussion über Multilateralismus und Unilateralismus in der Außenpolitik der USA stehen im Wesentlichen vier Fragen:

1. Welche Strategie sollten die USA verfolgen, um in einer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts grundlegend veränderten Weltordnung ihre langfristigen außenpolitischen Ziele realisieren zu können? Diese Frage wird im Rahmen der Theorie der Internationalen Politik in den USA debattiert. Dabei geht es vor allem darum, aus einer Analyse der Machtkonstellationen in der derzeitigen Weltordnung die richtigen Schlüsse im Hinblick auf die zukünftige weltpolitische Rolle der USA zu ziehen.
2. Gibt es in der amerikanischen Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts einen Trend hin zum Unilateralismus? Diese Frage lässt sich am Beispiel der Außenpolitik der beiden Regierungen von Präsident Clinton und von Präsident Bush jr. behandeln. Zu klären ist, ob die unilateralen Elemente der amerikanischen Außenpolitik gegenüber den multilateralen eindeutig zugenommen haben oder ob wir es hier mit vorübergehenden Erscheinungen etwa in der Form von Wellenbewegungen zu tun haben.

---

<sup>5</sup> Vgl. Dembinski 2002, S. 1; Müller 2000, S. 45; vgl. auch Malone/Khong 2003a, S. 2 f.

<sup>6</sup> Vgl. Malone/Khong 2003a, S. 3.

3. Wie sind Unilateralismus und Multilateralismus der USA in ihren Auswirkungen auf die internationale Politik zu bewerten? Hier sind zwei gegensätzliche Positionen zu unterscheiden. Während die eine Unilateralismus generell negativ bewertet und von einer zerstörerischen Wirkung auf das Gefüge multilateraler Institutionen ausgeht, betont die andere die Schwächen multilateraler Arrangements und tendiert zu einer Rechtfertigung unilateraler Handlungen der USA.
4. Welche strukturellen Faktoren beeinflussen die außenpolitische Strategiewahl der amerikanischen Regierungen? Die innen- und außenpolitischen Faktoren begünstigen nicht eindeutig eine der beiden Strategien, sondern bilden den Rahmen für ein Kosten-Nutzen-Kalkül, das letztlich zu einer ambivalenten Haltung gegenüber dem Multilateralismus führt.

## **2. Multilateralismus und Unilateralismus in der außenpolitischen Theoriedebatte der USA<sup>7</sup>**

### **2.1 Brzezinskis Konzeption einer Weltordnung durch amerikanische Vorherrschaft**

Zbigniew Brzezinski äußert sich nicht explizit zum Gegensatz zwischen Unilateralismus und Multilateralismus. Von einer Position des Realismus<sup>8</sup> und Internationalismus<sup>9</sup> aus entwickelt er jedoch eine grundlegende außenpolitische Konzeption, an der sich viele der nachfolgenden Beiträge zur Unilateralismus-/Multilateralismus-Debatte orientieren. Brzezinski beschäftigt sich in verschiedenen Beiträgen mit der Frage, welche Rolle die USA mit ihren immensen Machtmitteln bei der Gestaltung einer internationalen Ordnung spielen sollen. Grundlegend ist dafür die Feststellung, dass sich die USA in weniger als einem Jahrhundert von einem international isolierten Land zu einem Staat mit nie da gewesener Machtfülle entwickelt haben. Mit dem Ende des Kalten Krieges sei eine globale Dominanz der USA deutlich geworden, die sich angesichts der äußerst

---

<sup>7</sup> Vgl. hierzu insgesamt auch Menzel 2003, S. 18-35.

<sup>8</sup> Vgl. Menzel 2003, S. 29.

dynamischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes lange angekündigt habe, die aber vor allem durch die Militärmacht des vermeintlich gleichgewichtigen Gegenpols Sowjetunion noch verdeckt worden sei.<sup>10</sup> Selbst im Vergleich mit früheren Imperien verfügten die USA heute über eine außerordentliche Machtfülle, weil sie weltweit militärisch präsent und auch handlungsfähig seien und weil sie über ein weltweites Netz von Verbündeten und Vasallen verfügten. Zusammen mit der anhaltenden ökonomischen Wachstumsdynamik, der technologischen Führungsrolle in wichtigen Innovationsbereichen und der kulturellen Ausstrahlungskraft vor allem auf die Jugend der Welt mache dies die USA zur „globalen Supermacht im umfassenden Sinne“.<sup>11</sup> In der Geschichte des internationalen Systems stellten die USA heute die letzte Führungsmacht in einer von Aufstieg und Fall der Imperien gekennzeichneten Entwicklung dar. Ihre Aufgabe sei es eine „World Leadership“ zu übernehmen, um die Staatenwelt von einem anarchischen System hin zu einer interdependenten, supranationalen Ordnung zu führen. Indem die USA ihre Großmachtspolitik verfolgten, trügen sie zur Stabilisierung des internationalen Systems bei und erbrächten so eine Leistung, die im Interesse aller sei. Das Konzept der World Leadership finde so auch seine moralische Rechtfertigung.<sup>12</sup>

Indem die USA ihre überlegene Machtstellung einsetzen, um öffentliche Güter herzustellen, die dem eigenen Land ebenso wie allen anderen Staaten nutzen, erweisen sie sich gleichermaßen als „indispensable power“ und als „benevolent leader“.<sup>13</sup> Der wohlwollende Charakter der einzig verbliebenen Weltmacht zeige sich vor allem darin, dass ihre Führung nicht hierarchisch sei, sondern in ein System ineinander greifender Regelwerke, des Dialoges und der Verhandlungen eingebunden sei.<sup>14</sup> Weltpolitisches Engagement zeigten die USA nicht primär aus nationalem Interesse, sondern um einer historischen und moralischen Verantwortung gerecht zu werden. Strategisches Ziel der amerikanischen Außenpolitik müsse es sein, möglichst viele Staaten in ihr hegemoniales System zu integrieren und diesen Prozess wiederum durch eine „Amerikanisierung“ der politischen und gesellschaftlichen Systeme dieser Staaten voranzutreiben.<sup>15</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl. Feiner 2000, S. 11.

<sup>10</sup> Vgl. Brzezinski 1997, S. 16-24.

<sup>11</sup> Vgl. Brzezinski 1997, S. 41 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Feiner 2000, S. 75, 77, 94.

<sup>13</sup> Vgl. Feiner 2000, S. 68-71.

<sup>14</sup> Vgl. Brzezinski 1997, S. 49 f.

<sup>15</sup> Vgl. Feiner 2000, S. 108, 136, 140.

## 2.2 Multilateralisten

Während Brzezinski den Multilateralismus quasi im amerikanischen Unilateralismus aufgehen sieht, ist Samuel Huntington im Hinblick auf die Voraussetzungen, aber auch die Chancen der US-amerikanischen Außenpolitik wesentlich skeptischer. Er kritisiert das weit verbreitete amerikanische Selbstverständnis, wonach die USA in einem unipolaren Weltsystem die Rolle eines gutmütigen Hegemons einnehmen und mit unilateralen Handlungen zum Wohle der Staatengemeinschaft beitragen.<sup>16</sup> Die amerikanische Neigung, Druck auf andere Staaten auszuüben und diese zur Einhaltung amerikanischer Wertmaßstäbe zu drängen, sei letztlich kontraproduktiv, weil sie von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die USA bewegten sich nämlich keineswegs in einem unipolaren, sondern in einem uni-multipolaren Weltsystem, das aus einer Supermacht und mehreren Großmächten bestehe. Sie seien daher zur Lösung von Weltproblemen auf die Unterstützung anderer Ländern angewiesen. Der bisherige Unilateralismus führe daher unweigerlich zu einer den amerikanischen Zielen wenig förderlichen Polarisierung. Bei vielen Streitfragen könnten die USA allenfalls auf die Unterstützung eines oder weniger Partner zählen, während sie die meisten anderen Staaten und Völker der Welt gegen sich hätten. Amerikanischer Unilateralismus stoße so nicht nur international auf Protest und Widerstand, sondern habe auch die Formierung von antihegemonialen Koalitionen zur Folge. Um nicht zu einer „einsamen Supermacht“ zu werden, müssen die USA daher nach Huntington die Unterschiedlichkeit der nationalen Interessen anerkennen und auf dieser Basis zu einer Kooperation mit anderen Staaten, insbesondere mit Europa, finden. In dieser Selbstbeschränkung liege letztlich der Schlüssel für eine erfolgreiche amerikanische Politik, die zur Lösung von globalen Problemen beitragen könne.<sup>17</sup>

Joseph S. Nye gelangt in seinen Überlegungen zum „Paradox der amerikanischen Macht“ zu ähnlichen Schlüssen, geht aber von anderen Grundannahmen aus. Im gegenwärtigen internationalen System nehmen die USA durchaus eine hegemoniale Position

---

<sup>16</sup> Vgl. Nuscheler 2001, S. 2, 6.

<sup>17</sup> Vgl. Huntington 1999; Nuscheler 2001, S. 7. Sehr ähnlich argumentiert Charles Kupchan, der für die Entwicklung einer „Großen Strategie“ der amerikanischen Außenpolitik plädiert, deren Grundlage multilaterales Engagement in Form eines „neuen Internationalismus“ bilden soll. Kupchan glaubt einen Trend zur Multipolarität zu erkennen, der aus dem Aufstieg von Gegengewichten zur amerikanischen Macht – vor allem Russland, Japan und China – einerseits und dem allmählichen Rückzug der USA aus multilateralen Institutionen andererseits resultiere. Diese Multipolarität könne eine neue Ära geopolitischer Rivalitäten einläuten. Eine Orientierung der USA auf Unilateralismus und Insolationsismus berge daher große Risiken. Um diese zu vermeiden, müssten die USA bestrebt sein, ein neues Gleichgewicht zwischen Realismus und Idealismus zu finden (2003, S. 52, 57-59, 209).

ein, die sich vor allem in militärischer und ökonomischer Überlegenheit manifestiere. Die USA haben nach Nye gute Chancen diese Position auch im 21. Jahrhundert zu halten, aber nur dann, wenn sie sich ihrer Macht in einer überlegten und weisen Art bedienen.<sup>18</sup> Ursache dafür sei ein Wandel in der relativen Bedeutung verschiedener Machtgrundlagen. Bemerkenswert sei vor allem, dass das relative Gewicht militärischer Macht geringer geworden sei, weil in postmodernen Gesellschaften der nationalen Ehre, die mit militärischen Siegen verbunden sei, eine geringe Bedeutung beigemessen werde, weil die Gesellschaft das Opfer von Menschenleben als Preis für den Einsatz militärischer Gewalt nur mehr widerwillig hinnehme und weil der Einsatz von Gewalt große ökonomische Nachteile mit sich bringe.<sup>19</sup> Neben der militärischen und ökonomischen Macht, die Nye als Formen einer harten Zwangsmacht bezeichnet, gebe es jedoch noch eine dritte Form der Macht, deren Bedeutung häufig übersehen werde, die so genannte „soft power“. Nach Nye ist darunter die Fähigkeit eines Staates zu verstehen, seine weltpolitischen Ziele zu erreichen, indem andere Staaten ihm freiwillig folgen, weil sie seine Werte teilen und weil sie seinem Gesellschaftsmodell nacheifern. Wenn Kultur und Weltanschauung einer führenden Nation als attraktiv gelten, dann werde auch ihre Machtstellung als legitim angesehen.<sup>20</sup> Auch wenn die verschiedenen Elemente der „hard power“ nach wie vor eine wichtige Machtgrundlage darstellten, nehme doch die Bedeutung von „soft power“ in einer globalisierten Welt ständig zu.<sup>21</sup>

Die USA seien nun in der glücklichen Lage, mit den drei wichtigsten Machtressourcen – militärischen, ökonomischen und „soft power“ – außerordentlich gut ausgestattet zu sein. Sie stünden allerdings derzeit in der Gefahr durch allzu starke Betonung der militärischen und der ökonomischen Dimension der Macht ihren internationalen Kredit im Hinblick auf „soft power“ zu verspielen.<sup>22</sup> Die USA seien aber auf die Unterstützung von Partnern angewiesen; denn das Paradox ihrer Macht bestehe darin, dass sie einerseits zu stark seien, um von einer anderen Macht ernsthaft herausgefordert werden zu können, andererseits aber zu schwach, um die weltpolitischen Probleme allein zu lösen.<sup>23</sup> Wenn die USA ihre bisherige Stärke behalten wollten, seien sie daher gut beraten, ihre „soft power“ auszubauen, indem sie sich eine strategische Zurückhaltung auferle-

---

<sup>18</sup> Vgl. Nye 2002a, S. 2, 35 f.; Nye 2002b, S. 545 f.

<sup>19</sup> Vgl. Nye 2002a, S. 5-7; Nye 2002b, S. 550 f.

<sup>20</sup> Vgl. Nye 2002a, S. 8 f.; Nye 2002b, S. 552 f.

<sup>21</sup> Vgl. Nye 2002b, S. 554.

<sup>22</sup> Vgl. Nye 2002a, S. 12, 162 f.

gen, ihre Partner ernst nehmen und internationale Kooperation fördern.<sup>24</sup> Wenn die USA sich freiwillig in ein Gefüge von multilateralen Institutionen einbinden ließen, fiel es anderen Staaten leichter ihre faktische Vorherrschaft zu akzeptieren. Umgekehrt hätte ein arrogantes Auftreten und unilaterales Handeln der USA zur Folge, dass andere Staaten versuchen würden, Gegengewichte zu schaffen, die die Handlungsoptionen der USA einschränken würden.<sup>25</sup> Nye ist daher überzeugt, dass „... multilateralism is often the best way to achieve our long-run objectives ... Multilateralism involves costs, but in the larger picture, they are outweighed by the benefits. International rules bind the United States and limit our freedom of action, but they also serve our interest by binding others as well.“<sup>26</sup>

Eine aus der Auseinandersetzung mit der Politik von George W. Bush resultierende, politisch zugespitzte Beurteilung der amerikanischen Politik stammt von Michael Mann, dem amerikanisch-britischen Machttheoretiker. Er hält die nach dem 11. September 2001 formulierte Strategie des Unilateralismus und der Preemption für das Resultat einer militarisierten Sicht der Weltprobleme, welche die USA dazu verführe, sich auf globale Abenteuer einzulassen. Die Neigung, die Welt in Willige und Unwillige einzuteilen und eine ganze Gruppe von Ländern als Schurkenstaaten zu bezeichnen, diene vorgeblich dem Ziel Ordnung zu schaffen, sei tatsächlich aber Ausdruck eines „neuen Imperialismus“ der USA.<sup>27</sup> Darin spiegele sich die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandene Einschätzung, dass die USA nunmehr über unbeschränkte Macht verfügten.<sup>28</sup> Zu einer Umsetzung dieser Selbstwahrnehmung in den „neuen Imperialismus“ sei es durch einen historischen Zufall gekommen, nämlich durch das Zusammenreffen der Wahl von George W. Bush zum Präsidenten und des Einzuges christlicher Fundamentalisten in die Regierung mit den Terrorangriffen des 11. September.<sup>29</sup>

Für Michael Mann steht der „neue Imperialismus“ auf tönernen Füßen, weil er die Bedeutung militärischer Schlagkraft als Machtressource überschätze. Tatsächlich stütze sich Macht auf unterschiedliche Ressourcen, nämlich neben militärischen auch auf

---

<sup>23</sup> Vgl. Nye 2002a, S. 40.

<sup>24</sup> Vgl. Nye 2002a, S. 17, 39.

<sup>25</sup> Vgl. Nye 2002b, S. 558 f.

<sup>26</sup> Nye 2002a, S. 158.

<sup>27</sup> Vgl. Mann 2003, S. 11 ff.

<sup>28</sup> Vgl. Mann 2003, S. 19.

<sup>29</sup> Vgl. Mann 2003, S. 20 f.

politische, ökonomische und ideologische. Kennzeichnend für die USA sei aber, dass sie im nichtmilitärischen Bereich tendenziell schwächer würden, d. h. Verluste an ökonomischer Potenz, an demokratischer Substanz und nicht zuletzt an Wertbindung zu verzeichnen hätten. Sogar die militärische Stärke sei letztlich im Schwinden begriffen, weil die zunehmende technische Kapazität durch schwindende Opferbereitschaft untergraben werde. Wenn man dies ignoriere, entstehe die Tendenz zur Selbstüberschätzung, die die USA zu Handlungen treibe, die die Unordnung und Gewalt in der Welt eher förderten als verminderten. Eine Macht, die so ihre eigenen Absichten durchkreuze, müsse daher als „ohnmächtige Supermacht“ bezeichnet werden.<sup>30</sup>

Der Übergang zum „neuen Imperialismus“ habe den USA politisch keinerlei Vorteile über das hinaus verschafft, was sie nicht ohnehin bereits besessen hätten. In Kooperation mit einem Kreis von Verbündeten seien die USA auch bisher jederzeit in der Lage gewesen, über die UNO einen bestimmenden Einfluss auf die Staatengemeinschaft auszuüben. Sie hätten daher auch in einem scheinbar multilateralen Gefüge informell die Rolle einer imperialen Macht gespielt. Da die USA unter dem Mantel der Vereinten Nationen vielfach ihre Machtpolitik hätten realisieren können, gebe es eigentlich keine Veranlassung für politische Alleingänge. Dennoch hätten die USA mit Beginn der Irakkrise im Jahre 2002 den Weg des Unilateralismus gewählt.<sup>31</sup> Während in der Vergangenheit die Macht Amerikas von der Staatengemeinschaft häufig als legitim angesehen worden sei, gründe sie sich nunmehr häufig auf Gewaltandrohung. Eine solche Politik zahle den Preis der Entfremdung von den Verbündeten, ohne das selbst gesetzte Ziel, etwa das Handeln von so genannten Schurkenstaaten zu kontrollieren, wirklich zu erreichen.<sup>32</sup> Die USA hätten damit einseitig auf den Unilateralismus gesetzt, anstatt zu einer produktiven Mischung aus unilateralen und multilateralen Strategieelementen zu finden. Dabei hätte ihnen die historische Erfahrung zeigen müssen, dass ihnen effektive Führung überall dort gelungen sei, wo ihr Vorgehen mit multilateralen Elementen kombiniert war. Gerade im Verbund mit anderen Ländern und der UNO sei eine Verbindung jener unterschiedlichen Machtressourcen geglückt, die die Grundlage für ein wirkungsvolles Vorgehen in der internationalen Politik bilde.<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> Vgl. Mann 2003, S. 26 f., 30.

<sup>31</sup> Vgl. Mann 2003, S. 108 f.

<sup>32</sup> Vgl. Mann 2003, S. 324, 332 f.

<sup>33</sup> Vgl. Mann 2003, S. 26, 331.

### 2.3 Unilateralisten

Im Unterschied zu diesen Kritikern des Unilateralismus halten andere, vom Neorealismus herkommende Theoretiker der internationalen Beziehungen den gegenwärtigen außenpolitischen Kurs der USA für eine ihrer Machtfülle entsprechende und den Problemen angemessene Antwort auf die weltpolitischen Herausforderungen. So sieht Robert Kagan eher ein Problem darin, dass die Machtpolitik der USA insbesondere in Europa auf immer weniger Verständnis stoße, obwohl die Europäer von dieser Politik doch in hohem Maße profitierten. Die Weltbilder der Europäer und der Amerikaner drifteten immer mehr auseinander, weil die Europäer nach ihrer Jahrhunderte langen Erfahrung mit Gewalt und Anarchie in den internationalen Beziehungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine prinzipielle Abkehr von der Machtpolitik vollzogen hätten, während die USA die internationale Rolle, die ihnen durch ihren beständigen Machtzuwachs zugewiesen worden sei, auch angenommen hätten. Im transatlantischen Verhältnis existiere heute ein tiefer ideologischer Graben, der sich in grundlegend unterschiedlichen Überzeugungen hinsichtlich des Nutzens und der Ethik von Machtpolitik äußere. Diese Differenz komme vor allem in den Stereotypen europäischer Intellektueller über die außenpolitischen Strategien Europas und der USA zum Ausdruck. Die Europäer seien überzeugt, dass die USA schneller Zuflucht zu militärischer Gewalt nähmen und weniger Geduld für diplomatische Bemühungen aufbrächten. Aus europäischer Sicht sei für die Amerikaner die Welt in Gut und Böse aufgeteilt, in der Auseinandersetzung mit Gegnern stellten sie Zwang über Überzeugungsarbeit, und schließlich tendierten sie in der internationalen Politik häufig zu Alleingängen. Dagegen machten die Europäer für sich selbst geltend, Probleme differenzierter anzugehen, Überzeugungsarbeit jedwedem Zwang vorzuziehen und bei der Klärung strittiger Fragen verstärkt auf das Völkerrecht und die Meinung der internationalen Gemeinschaft zu setzen. Kagan erkennt hierin Züge eines europäischen Sendungsbewusstseins. Da die Europäer nach dem Ende des Kalten Krieges von militärischen Abschreckungserfordernissen jeder Art entlastet zu sein schienen, habe sich die Überzeugung verbreitet, dass ihre auf Verständigung gegründete Lösung internationaler Probleme künftig weltweit zum Tragen kommen würde.<sup>34</sup>

---

<sup>34</sup> Vgl. Kagan 2002, S. 1194-1196, 1200 f.

Kagan macht kein Hehl daraus, dass er diese Weltsicht für eine Illusion hält. Die Europäer begründeten ihre Ablehnung des Unilateralismus zwar damit, bestimmten Idealen in Bezug auf die internationalen Beziehungen stärker als die Amerikaner verpflichtet zu sein, in Wirklichkeit verberge sich dahinter aber ein massives Eigeninteresse.<sup>35</sup> Die Europäer glaubten mit der neuen europäischen Staatenwelt das Zeitalter der Machtpolitik überwunden zu haben, übersähen dabei aber, dass sie ihre komfortable Situation den USA verdankten, weil diese gerade keine Abkehr von der Machtpolitik vollzogen haben. Die Abneigung der Europäer, ihre Staatenwelt auch mit eigenen machtpolitischen Mitteln zu schützen und zu verteidigen, habe sie in eine Abhängigkeit von der Bereitschaft der Amerikaner geführt, militärische Macht gegen all diejenigen einzusetzen, die noch in den Kategorien der Machtpolitik dächten und handelten.<sup>36</sup>

Eine wesentliche Ursache für die Divergenz der außenpolitischen Orientierungen Europas und der USA sieht Kagan in der unterschiedlichen Machtverteilung. Es sei eine historische Tatsache, dass schwache Staaten sich anders verhielten als starke Staaten und zu unterschiedlichen Einschätzungen von Bedrohungen, unterschiedlichen Interessenkalkülen und strategischen Erwägungen neigten. Während die europäischen Großmächte früherer Jahrhunderte ihre Macht gegenüber schwächeren Ländern ausgespielt hätten, verfolge das heutige Europa eine Strategie der Schwachen. Anstatt sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu einer europäischen Supermacht zu entwickeln, hätten die Europäer es vorgezogen, eine Friedensdividende zu kassieren. Die Folge sei eine militärische Schwäche Europas, die wiederum zu einer Abneigung gegen die Ausübung militärischer Gewalt geführt habe. Demgegenüber habe die militärische Stärke der USA bei den Amerikanern die Neigung entstehen lassen, ihre Macht auch auszuspielen.<sup>37</sup> Dadurch sei ihnen die Rolle zugefallen, die Verteidigung Europas mit zu übernehmen und außerhalb Europas jenen Staaten Einhalt zu gebieten, die sich in ihrer Politik von ungezügelmtem Machtstreben leiten ließen. Dadurch seien die USA gezwungen, ihre Ideale auch durch den Einsatz von Macht- und insbesondere militärischen Mitteln zu realisieren und dabei zuweilen auch gegen jene Normen und Spielregeln zu verstoßen, für deren Durchsetzung in den internationalen Beziehungen sie sich selbst prinzipiell engagieren. Der Einsatz amerikanischer Macht gereiche der zivilisierten Welt letztlich zum Nutzen, auch wenn die USA sich gelegentlich inkonsequent verhielten.

---

<sup>35</sup> Vgl. Kagan 2002, S. 1198.

<sup>36</sup> Vgl. Kagan 2002, S. 1203.

Europa müsse daher begreifen lernen, dass der amerikanische Trend zum Unilateralismus nicht auf eine vermeintlich verfehlte Strategie der Regierung Bush zurückzuführen sei, sondern aus dem starken transatlantischen Machtgefälle resultiere. Das europäische Eintreten für eine andere Ethik der Macht gehe daher an der Sache vorbei. Die Divergenz der außenpolitischen Weltbilder lasse sich nur in dem Maße abbauen, wie die Europäer bereit seien, ihre militärische Schlagkraft auszubauen.<sup>38</sup>

Anders als Kagan geht Charles Krauthammer in seinem Plädoyer für einen „neuen Unilateralismus“ nicht vom transatlantischen Verhältnis, sondern ähnlich wie Brzezinski und Huntington von der Frage nach der Struktur der gegenwärtigen Weltordnung aus. Krauthammer zufolge ist die Welt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in eine unipolare und nicht, wie von vielen erwartet, in eine multipolare Phase eingetreten. Man könne den USA ihre dominante Rolle nur dann absprechen, wenn man überzogene Kriterien für Unipolarität heranziehe und bereits die Tatsache, dass die Amerikaner nicht alle ihre Ziele im Alleingang realisieren könnten, als Beweis für den multipolaren Charakter der Weltordnung gelten lasse. Realistisch betrachtet sei die amerikanische Dominanz jedoch unübersehbar und erstrecke sich auf nahezu alle Felder: Militär, Wirtschaft, Technologie, Diplomatie, Kultur und Sprache. Bemerkenswert sei zudem, dass sich abweichend von aller historischen Erfahrung als Reaktion auf die amerikanische Hegemonie kein Gegengewicht in Form einer Koalition aus schwachen Staaten herausgebildet habe, sondern dass viele andere Staaten bereit gewesen seien, sich grundsätzlich hinter die USA zu stellen.<sup>39</sup> Trotz dieser Entwicklung habe die Kriegsgefahr in der neuen unipolaren Ordnung eher zu- als abgenommen. Allerdings gehe die Gefahr anders als in früheren historischen Phasen nicht von der hegemonialen Macht aus, sondern von Schurkenstaaten, die sich Massenvernichtungswaffen zu verschaffen versuchten. Seit dem 11. September 2001 wisse man, dass es terroristische Gruppen gebe, die man kaum entdecken könne und bei denen herkömmliche Abschreckung nicht funktioniere. Wenn solche Gruppen von Schurkenstaaten unterstützt und von diesen mit Massenvernichtungswaffen ausgestattet würden, ginge von ihnen eine beispiellose Bedrohung aus. Diese Gefahrenkonstellation beinhalte die wichtigste Herausforderung für die amerikanische Außenpolitik und erfordere eine grundlegend neue strategische Doktrin.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Vgl. Kagan 2002, S. 1196-1198.

<sup>38</sup> Vgl. Kagan 2002, S. 1205.

<sup>39</sup> Vgl. Krauthammer 2002/2003, S. 5-8.

<sup>40</sup> Vgl. Krauthammer 2002/2003, S. 6-9.

Die neue Herausforderung hat Krauthammer zufolge unterschiedliche strategische Antworten gefunden. Die erste Antwort bestehe in der aktuellen außenpolitischen Linie der US-Regierung, die die Drohung mit präemptiven Schlägen gegen Staaten, die Terroristen unterstützten, und das Ziel des Regimewechsels in solchen Staaten beinhalte. Diese Politik sei insofern kühn, als sie für die USA ein beispielloses Maß an außenpolitischer Handlungsfreiheit beanspruche und sich eindeutig zu einem neuen amerikanischen Unilateralismus bekenne. Dies habe jedoch zu einer ersten ernststen Krise der unipolaren Weltordnung geführt. Die amerikanische Dominanz, die bisher meist toleriert, wenn nicht gar begrüßt worden sei, erzeuge nunmehr auch bei befreundeten Staaten Irritationen und z. T. sogar Feindseligkeit.<sup>41</sup> Um der Gefahr einer außenpolitischen Isolation der USA zu begegnen, ziehe die Denkschule des liberalen Internationalismus daher den Multilateralismus vor. Ihre Anhänger seien überzeugt, mit den Mitteln des Völkerrechts und der internationalen Institutionen ein Weltsystem nach dem Vorbild der amerikanischen Zivilgesellschaft schaffen zu können, das Machtpolitik, nationale Interessen und letztlich den Nationalstaat selbst letztlich überwinde. Indem man vorschläge, die USA in dieses interdependente System einzubinden, ziele man darauf ab, die Unipolarität zu beenden. Die Schule der Realisten halte dies jedoch für eine fatale Entwicklung, weil sich ein multipolares System nur auf Verträge („paper“) gründe und daher notwendigerweise flüchtig und unkalkulierbar sei. Für die Realisten sei und bleibe Macht („power“) die letztlich entscheidende Determinante der meisten Elemente des internationalen Systems, nämlich von Sicherheit, Stabilität und Frieden.

Krauthammer ist ebenfalls dieser Überzeugung und argumentiert daher, dass der Frieden eher durch Unipolarität als durch Multipolarität gesichert werden könne. Krauthammer plädiert für einen „neuen Unilateralismus“, der selbstbewusst und zuversichtlich die Macht der USA in den Dienst globaler Ziele stelle. Er grenzt sich damit von einer als isolationistisch bezeichneten Position ab, die ein enges Verständnis der amerikanischen Eigeninteressen und einen sorglosen Umgang mit der Macht der USA pflege. Amerikas Interesse müsse vielmehr darin bestehen, durch Ausweitung der Demokratie und als Garantiemacht für den Frieden die Welt insgesamt sicherer zu machen. Allgemein formuliert gehe es um die Aufrechterhaltung eines ebenso stabilen wie offenen unipolaren Systems. Die USA müssten sich ihr unabhängiges Urteil über die eigenen und die globalen Interessen bewahren und dürften insbesondere die Verantwortung für

---

<sup>41</sup> Vgl. Krauthammer 2002/2003, S. 9 f.

die nationale Sicherheit, für die Führung von Kriegen und die Anwendung von Machtmitteln niemals aus der Hand geben, um nicht durch permanente strukturelle Restriktionen in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt zu werden. Der neue Unilateralismus lehne es ab, sich zur Geisel der Entscheidungen anderer zu machen, sei aber gerade deswegen der Königsweg zu einem echten Multilateralismus, weil er andere Staaten motiviere, sich der Führungsmacht anzuschließen. Nur wenn Amerika bewusst seine weltpolitische Dominanz aufrechterhalte, gebe es eine Chance, mit der Herausforderung durch Massenvernichtungswaffen in der Hand von Schurkenstaaten fertig zu werden.<sup>42</sup>

### **3. Multilateralismus und Unilateralismus in der US-amerikanischen Außenpolitik seit 1992**

US-Amerikanische Außenpolitik bewegt sich, historisch betrachtet, in einem Spannungsfeld zwischen Multilateralismus und Unilateralismus. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg förderten die Regierungen der Präsidenten Truman und Roosevelt eine Reihe von internationalen Institutionen, insbesondere die Vereinten Nationen und das System von Bretton Woods, die dazu beitragen sollten, die internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu stabilisieren. Getragen von einem überparteilichen Konsens wurden die USA zur Garantiemacht einer multilateralen Ordnung, die sowohl den nationalen Interessen der USA als auch den Interessen der Weltgemeinschaft zu entsprechen schien. Diese Haltung wurde jedoch bereits mit Beginn des Kalten Krieges aufgrund der zunehmenden strategischen Bedrohung durch die Sowjetunion modifiziert. Die amerikanische Außenpolitik hat sich im Umgang mit multilateralen Institutionen seitdem immer wieder als selektiv erwiesen. Amerikanische Regierungen schätzen diese Institutionen, sofern sie zur Teilung der Lasten bei der Herstellung einer internationalen Ordnung und zur Legitimation des Handelns der USA beitragen, sie tun dies jedoch nur unter der Bedingung, dass sie maßgeblichen Einfluss auf die internationale Agenda ausüben können, einen nationalen Handlungsspielraum behalten, die Souveränitätsrechte der USA nicht eingeschränkt sehen und die Erfolgsaussichten multilateralen Handelns positiv beurteilen. Seit den neunziger Jahren schätzt die amerikanische politische Elite den Wert des Multilateralismus für das globale Engagement des Landes

---

<sup>42</sup> Vgl. Krauthammer 2002/2003, S. 13-17.

jedoch zunehmend skeptisch ein. Der Begriff Multilateralismus ist hier in Misskredit geraten, weil er als Synonym für eine unakzeptable Beschränkung der amerikanischen Macht und Souveränität gilt. In der Außenpolitik der USA hat dieser Einstellungswandel auf verschiedene Weise seinen Niederschlag gefunden. Ein Vergleich zwischen den außenpolitischen Entscheidungen der Regierungen der Präsidenten Clinton und Bush jr. zeigt, wie sich die Akzente zwischen Multilateralismus und Unilateralismus in neuerer Zeit verschoben haben.<sup>43</sup>

### **3.1 Außenpolitik der Regierung von Präsident Clinton**

Die Präsidentschaft Bill Clintons stand in den Anfangsjahren ganz im Zeichen der Innenpolitik. Ambitionierte Ziele wie die Reform des Gesundheits- und des Sozialhilfesystems sollten nicht durch außenpolitische Verstrickungen gefährdet, außenpolitische Probleme daher ruhig und besonnen angegangen werden.<sup>44</sup> Um dieses Ziel zu realisieren, war ein neuer außenpolitischer Ansatz erforderlich, der der Situation nach dem Ende des Kalten Krieges Rechnung tragen sollte. Vordenker für eine solche neue außen- und sicherheitspolitische Doktrin war der Nationale Sicherheitsberater Anthony Lake, der versuchte, die weltpolitische Rolle der USA nach dem erfolgreichen Abschluss der so genannten Eindämmungspolitik neu zu definieren. Seiner Auffassung nach musste es den USA nunmehr darum gehen, das Prinzip der Demokratie auf möglichst viele Staaten auszudehnen. Auch der Präsident war davon überzeugt, dass es die Sicherheit der USA erhöhen würde, wenn in anderen Staaten Frieden, Wohlstand und Demokratie herrschten. Clintons Ziel war eine „konsensuale Globalisierung“, bei der durch wirtschaftliche Anreize demokratische Reformen in autoritären Staaten gefördert werden sollten. In diesem Prozess würden die USA aber keine offene Führungsrolle mehr übernehmen, weil diese sich ohne manifeste Bedrohung für die freie Welt ohnehin nicht mehr aufrechterhalten lassen. Staat dessen sollten internationale Organisationen wie die

---

<sup>43</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 9 ff.

<sup>44</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 45 f. Die Binnenorientierung der amerikanischen Politik entsprach auch den Prioritäten der Wähler zu Beginn der neunziger Jahre. Seit mehr als einem Jahrzehnt war das Interesse der Bürger an außenpolitischen Problemen nicht mehr so gering gewesen; Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 11.

Vereinten Nationen und die Welthandelsorganisation als Moderatoren bei der Schlichtung von Konflikten und bei der Öffnung des Welthandels fungieren.<sup>45</sup>

Die damalige UN-Botschafterin der USA, Madelaine Albright, brachte Mitte 1993 die Neuorientierung der Außenpolitik auf den Begriff, als sie sich zu einem „assertive multilateralism“ bekannte und ausdrücklich klar stellte, dass mit dem Adjektiv die Nachdrücklichkeit betont werde und nicht eine Relativierung des Grundprinzips gemeint sei. Sie knüpfte damit ausdrücklich an Joseph Nyes Konzept der „soft power“ an und schrieb den USA die Rolle eines positiven Vorbildes und eines „agenda setters“ unter den neuen internationalen Rahmenbedingungen zu. Da die traditionellen Machtmittel einer Supermacht sich gegenüber den neuen Konfliktformen, wie sie in Bosnien oder Kambodscha aufgetreten seien, als stumpf erwiesen hätten, müssten die USA ihre Führungsrolle nun im Rahmen multilateraler Arrangements ausüben. Albright erzeugte damit den Eindruck, dass die USA den Multilateralismus von einem bloßen Instrument zum Prinzip ihrer Außenpolitik erhoben hätten. Jedenfalls sollten unilaterale Maßnahmen in Zukunft die Ausnahme bleiben.<sup>46</sup> Die Mittel und Instrumente, um notfalls auch allein zu handeln, behielten die USA allerdings auch nach der außenpolitischen Neuorientierung bei. Ernst-Otto Czempiel hat kritisch darauf hingewiesen, dass die Verteidigungsausgaben auch unter der Präsidentschaft von Bill Clinton auf einem außerordentlich hohen Niveau verblieben seien. Da es kein erkennbares sicherheitspolitisches Motiv dafür gegeben habe, müsse man annehmen, dass die USA damit ihre Macht demonstrieren und ihre Führungsrolle in der Welt unterstreichen wollten.<sup>47</sup>

Schon in ihrem zweiten Jahr nahm der politische Druck auf die Regierung Clinton so zu, dass sie sich zu einem Schwenk in der Außenpolitik veranlasst sah. Angesichts massiver Widerstände aus dem Kongress gegen die innenpolitischen Reformen, die an etablierten Interessenkonstellationen zu scheitern drohten, erschien die Außenpolitik als ein Feld mit größeren Gestaltungsmöglichkeiten, in dem leichter politische Erfolge zu erzielen wären.<sup>48</sup> Zugleich nahm die Kritik an der multilateralen Orientierung der Außenpolitik, die als Synonym für Tatenlosigkeit und Ineffizienz gewertet wurde, ständig

---

<sup>45</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 48 ff.

<sup>46</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 12 f.

<sup>47</sup> Vgl. Czempiel 1996, S. 32.

<sup>48</sup> Vgl. Czempiel 1996, S. 25 f.

zu.<sup>49</sup> Vor diesem Hintergrund deutete sich bereits im Herbst 1993 eine Abkehr von der bisherigen außenpolitischen Linie an. Mitglieder der amerikanischen Regierung machten sich zunehmend für einen außenpolitischen Pragmatismus stark, der die Wahl der Instrumente von der jeweiligen amerikanischen Interessenlage abhängig machen sollte. In diesem Konzept war Multilateralismus nur mehr ein Mittel, aber kein Ziel der Außenpolitik mehr. Die USA würden souverän von Fall zu Fall entscheiden, ob sie ihre Ziele im nationalen Alleingang, zusammen mit einer Reihe von Verbündeten („coalition of the willing“) oder im Kontext internationaler Regime und Organisationen verfolgen wollten. Wenig später konkretisierte der Präsident diese Haltung, indem er sich für unilaterale Aktionen in den Fällen aussprach, in denen die „vitalen Interessen“ der USA oder ihrer Verbündeten bedroht wären. Multilateralismus blieb demnach als Option erhalten, um Lösungen für Probleme mit geringerer Bedeutung zu finden, für die man die Hilfe anderer Staaten benötigte.<sup>50</sup>

Zur Bewährungsprobe für die außenpolitische Strategie der USA wurden die Krisenherde in den verschiedenen Weltregionen. Ein prägendes Ereignis bildete dabei die Intervention in den somalischen Bürgerkrieg im Rahmen eines UN-Mandats, weil dort bei einer Entwaffnungsaktion 18 amerikanische Soldaten getötet und über 70 verletzt wurden.<sup>51</sup> Kritikern der Clintonschen Außenpolitik diente diese Erfahrung als Beispiel dafür, wie ein Verzicht auf amerikanische Souveränitätsrechte zugunsten internationaler Organisationen katastrophale Folgen nach sich gezogen hatte.<sup>52</sup> In der Regierung von Präsident Clinton wurde als Reaktion auf das Somalia-Desaster ein Strategiedokument entwickelt, das den Sinn humanitärer Interventionen grundsätzlich in Frage stellte und eine prinzipielle Abkehr von der bisherigen außenpolitischen Linie beinhaltete. Die „Presidential Decision Directive 25“ (PDD) vom Mai 1994, die am 22.2.1996 noch einmal bekräftigt wurde, bestimmt, dass die USA fähig und in der Lage sein müssten, auch im Alleingang Kriege zu führen und zu gewinnen, wann immer ihre Interessen dies gebieten würden. Mit dieser Direktive vollzog die Regierung Clinton einen strategischen Wandel vom „energischen“ hin zu einem selektiven Multilateralismus, der Peacekeeping-Aktionen im Rahmen der UNO zu einem nachrangigen Mittel der Konfliktlösung herabstufte. Vor allem wird betont, dass UN-Friedensoperationen kein Ersatz

---

<sup>49</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 15.

<sup>50</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 14; vgl. auch Czempiel 1996, S. 26.

<sup>51</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 54 f.

<sup>52</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 15.

für eigenständiges militärisches Handeln der USA sein könnten. Die Direktive markiert somit eine entscheidende außenpolitische Wende der Clinton-Regierung hin zu einer stärker unilateralen Orientierung.<sup>53</sup>

Praktisch zog die US-Regierung aus dem Somalia-Einsatz die Konsequenz, sich mit humanitären Einsätzen im Weiteren zurückzuhalten. Dies kam zunächst in der Weigerung der USA zum Ausdruck, in den gewaltsamen Konflikt in Ruanda einzugreifen bzw. auch nur dessen Eigenschaft als „Völkermord“ anzuerkennen. Dahinter stand das Motiv, nicht erneut in eine Auseinandersetzung hineingezogen werden zu wollen, die amerikanische Sicherheitsinteressen nicht direkt betraf. Erst mit großem zeitlichem Abstand gestand Präsident Clinton ein, dass die Weltgemeinschaft, vor allem auch die USA, im ruandischen Bürgerkrieg versagt hätten. Auch der Konflikt auf dem Balkan wurde lange Zeit als nachrangiges außenpolitisches Problem aufgefasst, durch das die nationale Sicherheit der USA nicht bedroht sei. Einerseits verlangte das brutale Vorgehen der bosnischen Serben nach einem Eingreifen, andererseits scheute man vor einem Engagement, dessen Folgen und dessen Ende nicht abzusehen waren, zurück. Die sich über Monate hinziehende Unentschiedenheit der amerikanischen Regierung war auch dadurch verursacht, dass sich Gegner und Befürworter eines stärkeren militärischen Engagements auf dem Balkan unversöhnlich gegenüber standen. Erst als im Sommer 1995 bosnische Serben die UN-Sicherheitszone Srebrenica eroberten und dort Kriegsverbrechen in großem Umfang begingen, kam es zu einer Änderung der amerikanischen Politik.<sup>54</sup> Nachdem die amerikanische Luftwaffe ihre Angriffe auf serbische Stellungen begonnen und die USA zugleich diplomatische Initiativen zur Lösung des Konflikts unternommen hatten, kam es innerhalb von nur drei Monaten zu einer Kompromisslösung.<sup>55</sup> Der Bosnien-Konflikt machte aus Sicht der amerikanischen Regierung deutlich, dass die globalisierte Welt auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts der politischen und militärischen Führung durch die USA bedurfte.<sup>56</sup>

Peacekeeping-Operationen sind jedoch nur eines von vielen Feldern der amerikanischen Außenpolitik. Es gibt andere Bereiche, in denen die Regierung Clinton ihre multilaterale Grundorientierung auch unter veränderten Rahmenbedingungen beibehielt. Dies gilt

---

<sup>53</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 24-26; Menzel 2003, S. 46.

<sup>54</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 54-65.

<sup>55</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 66 f.

<sup>56</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 70.

vor allem für ihre Politik im Rahmen der NATO. Das Handeln der USA im Bündnis gilt traditionell als multilateral, weil sie auch während des Kalten Krieges nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hatten, die ihrem politischen und militärischen Gewicht entsprechende Macht gegen die übrigen Mitglieder auszuspielen, sondern sich in ein Regelsystem einbinden ließen, das den europäischen Partnern einen überproportionalen Einfluss sicherte. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion standen nun grundlegende Entscheidungen über die Neuausrichtung der NATO an, die für die USA zum Testfall für diese multilaterale Grundorientierung wurden. Die eine Entscheidung betraf die Osterweiterung des Bündnisses, die im Kongress lange umstritten war und die auch in der Regierung Clinton anfänglich auf wenig Sympathie stieß. Obwohl man zunächst dem Ausgleich mit Russland Priorität eingeräumt hatte, votierte man schließlich für die Aufnahme mittelosteuropäischer Staaten in die NATO, um europäischen Forderungen entgegenzukommen und um die langfristige Stabilität Westeuropas zu sichern.<sup>57</sup> Bei der zweiten Entscheidung ging es um die Frage, wie die Funktion der NATO nach dem Wegfallen der Bedrohung durch die Sowjetunion neu zu definieren wäre. Anders als bei der Frage der Osterweiterung gab es hier einen deutlichen Meinungsunterschied zwischen den Europäern und den USA. Während die Amerikaner das Aufgabenspektrum des Bündnisses von der Verteidigung des Territoriums der Mitgliedstaaten hin zur Abwehr von Bedrohungen westlicher Interessen überall auf der Welt ausdehnen wollten, sprachen sich die Europäer für eine sachliche und regionale Begrenzung der Zuständigkeiten des Bündnisses aus. Das strategische Konzept, das dann auf dem Washingtoner NATO-Gipfel verabschiedet wurde, entspricht zwar im Großen und Ganzen einem Kompromiss zwischen diesen beiden Grundpositionen, kommt aber in der entscheidenden Frage des regionalen Bezuges der europäischen Haltung sehr nahe.<sup>58</sup> Obwohl Kritiker der amerikanischen NATO-Politik den Nutzen solchen Entgegenkommens der USA zunehmend in Frage gestellt haben, ist ihr Umgang mit den Bündnispartnern auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes weiterhin multilateralen Prinzipien gefolgt.<sup>59</sup>

Aufgrund strategischer Umorientierungen und unterschiedlicher Akzentsetzungen in einzelnen Bereichen der Außenpolitik konnte der Eindruck entstehen, die Außenpolitik

---

<sup>57</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 31-37.

<sup>58</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 37-39.

<sup>59</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 60 f.

der Regierung Clinton sei insgesamt sprunghaft und inkonsistent gewesen.<sup>60</sup> Dabei wird jedoch leicht übersehen, dass die strukturellen Rahmenbedingungen der amerikanischen Außenpolitik eine Realisierung des ursprünglich verfolgten Konzepts einer globalen Demokratisierungspolitik außerordentlich erschwerten. Zum einen wurden die USA durch die verschiedenen regionalen Krisen und Kriege dazu gedrängt, ihre politische und militärische Macht in die Waagschale zu legen, um Lösungen herbeizuführen, die auf kooperativem Wege nicht zu erreichen waren.<sup>61</sup> Zum anderen hatte die Clinton-Regierung in dem von den Republikanern dominierten Kongress einen mächtigen Gegenspieler, der eine völlig andere Linie als der Präsident verfolgte und daher eine Außenpolitik aus einem Guss kaum zuließ.<sup>62</sup> Einen der Hauptstreitpunkte zwischen Präsident und Kongress bildeten die verweigerten bzw. verzögerten Beiträge der USA zum Haushalt der Vereinten Nationen. Darin kam eine grundlegende Kontroverse über die Rolle der USA in der UNO zum Ausdruck, bei der sich Unilateralisten und Multilateralisten unversöhnlich gegenüberstanden.<sup>63</sup> Auch in der Bosnienpolitik verfolgte der Kongress eine Strategie, die die Pläne des Präsidenten durchkreuzten und seine außenpolitische Handlungsfähigkeit für einige Zeit erheblich einschränkten. Nur durch geschicktes Taktieren gelang es dem Präsidenten, die Blockadepolitik des Kongresses zu unterlaufen und für seine erfolgreiche Krisenpolitik auch wieder die Unterstützung des Parlamentes zu gewinnen.<sup>64</sup> Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass die außenpolitische Bilanz der Clinton-Regierung im Hinblick auf ihre ursprünglichen multilateralen Ansprüche eher nüchtern ausfällt. Sieht man von dem einen großen Erfolg, der Ratifizierung des North American Free Trade Agreement (NAFTA) ab, so drängt sich vor allem der Eindruck unerfüllter Hoffnungen und nicht nachdrücklich genug verfolgter Ziele auf.<sup>65</sup>

---

<sup>60</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 80.

<sup>61</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 147.

<sup>62</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 79.

<sup>63</sup> Vgl. Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 18, 58.

<sup>64</sup> Vgl. Czempiel 1996, S. 27.

### 3.2 Außenpolitik der Regierung von Präsident Bush jr.

Für die Strategiebestimmung der Regierung Bush hat die Auseinandersetzung mit der Außenpolitik seines Vorgängers eine wesentliche Rolle gespielt. Konservative Wissenschaftler und Publizisten warfen Clinton vor, die weltpolitische Rolle der USA verkannt zu haben und fälschlich von einer Entwicklung der Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges hin zur Multipolarität ausgegangen zu sein. Die Regierung habe sich ohne Not in ein Netz internationaler Abkommen einbinden lassen, anstatt die tatsächlich beherrschende wirtschaftliche, militärische, politische und kulturelle Dominanz der USA in den internationalen Beziehungen zur Geltung zu bringen.<sup>66</sup> Auch habe man es versäumt, die nationalen Interessen der USA eindeutig zu definieren. Dadurch sei es zu einer Vernachlässigung amerikanischer Sicherheitsinteressen gekommen. Die Regierung Clinton wird vor allem dafür kritisiert, dass sie der Auseinandersetzung mit amerikafeindlichen Diktaturen wie etwa dem Irak aus dem Wege gegangen sei und sich in der Balkanpolitik zu sehr von europäischen Entscheidungen abhängig gemacht habe.<sup>67</sup> Kennzeichnend für die Ära Clinton sei ein außenpolitisches Vakuum gewesen, das einen Freiraum für die unterschiedlichsten Einzelinteressen geschaffen habe.<sup>68</sup>

Der Anspruch der Regierung Bush bestand vor diesem Hintergrund darin, eine neue Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, die der Machtüberlegenheit der USA angemessenen Ausdruck verleihen sollte.<sup>69</sup> Um ihrer überragenden wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung gerecht zu werden, müssten die USA wieder eine Führungsrolle in der internationalen Politik übernehmen.<sup>70</sup> Konkret bestand Bushs Ziel darin, die verloren geglaubte Handlungsfreiheit wiederzugewinnen, um jederzeit auch unabhängig vom Votum der Europäer und der Vereinten Nationen agieren zu können. Dies war ein ausdrückliches Bekenntnis zum Unilateralismus als neuer Strategie.<sup>71</sup>

In der praktischen Außenpolitik wurde der Vorrang für die nationalen Interessen dahingehend interpretiert, dass man einerseits der Bedrohung durch Terrorismus und so

---

<sup>65</sup> Vgl. Malone 2003, S. 29.

<sup>66</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 84.

<sup>67</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 85, 89; Schild 2002b, S. 37.

<sup>68</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 85.

<sup>69</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 84.

<sup>70</sup> Vgl. Schild 2002b, S. 39.

<sup>71</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 84, 89.

genannte Schurkenstaaten größere Aufmerksamkeit schenkte und andererseits eine stärkere Einbindung in internationale Regime ablehnte.<sup>72</sup> So sprach sich die Regierung Bush in den ersten Monaten der Präsidentschaft gleich gegen eine ganze Reihe von internationalen Abkommen aus, weil man der Ansicht war, dass diese entweder die Handlungsfreiheit der USA unzulässig einschränkten oder dem nationalen Interesse des Landes widersprächen. Dazu gehörten lange vorbereitete multilaterale Arrangements, die von den Europäern entschieden befürwortet wurden, wie das Kyoto-Protokoll über die Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen, Vereinbarungen über das Verbot der Produktion biologischer Waffen und die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes.<sup>73</sup>

Die mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 offenbar gewordene Verwundbarkeit der USA gab dann den Impuls für eine entscheidende Wende in der amerikanischen Außenpolitik. Die bis dahin nur virtuelle Bedrohung war real geworden und dominierte nunmehr die sicherheitspolitische Debatte. Die amerikanische Regierung definierte die Abwehr der neuen Bedrohung als einen länger andauernden Krieg, der sich nicht nur gegen terroristische Organisationen, sondern auch gegen jene Staaten richten sollte, welche in der Lage und auch willens zu sein schienen, die Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Zugleich wurde eine offensive Strategie formuliert, zu deren Instrumenten neben Selbstverteidigung und Prävention auch das neue Element der „Präemption“ gehörte. Präsident Bush reklamierte damit eine vor allem auf militärische Stärke gegründete hegemoniale Rolle der USA in der internationalen Politik.<sup>74</sup> Diese oft auch als „Bush-Doktrin“ bezeichnete Konzeption eines umfassenden Kampfes gegen den weltweiten Terrorismus zeichnete sich nicht zuletzt dadurch aus, dass die Staatenwelt nunmehr in Freund und Feind eingeteilt wurde, d. h. in solche Staaten, die bereit seien, sich dem Krieg der Amerikaner gegen den Terrorismus anzuschließen, und solche, die Terroristen unterstützten.<sup>75</sup>

---

<sup>72</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 86; Schild 2002b, S. 38. Die harte unilaterale Strategie wurde zwar nicht von allen Mitgliedern der Regierung geteilt – so vertrat insbesondere Außenminister Powell eine eher zurückhaltende Position – bestimmt wurde die politische Linie der Regierung jedoch von denjenigen Kräften, die eine aktivere Rolle auch des Militärs in der amerikanischen Außenpolitik befürworteten; Schild 2002a, S. 87-89.

<sup>73</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 11 f., 103 ff.

<sup>74</sup> Vgl. Rudolf 2002a, S. 7 f.; Kreft 2002, S. 14.

<sup>75</sup> Vgl. Kreft 2002, S. 17; Hacke 2002b, S. 328; Innenpolitisch war der Strategiewandel verbunden mit einem Machtzuwachs der Regierung. Während die außenpolitische Initiative in der Ära Clinton oft beim Kongress gelegen hatte, zog sich dieser nun stärker zurück und überließ das Feld wieder weitgehend der Regierung. Dieser Wandel wird auch als ein Prozess der „Renationalisierung“ einer bis dahin

Die gezielte Polarisierung war jedoch auch verbunden mit der Einsicht, im Kampf gegen den Terrorismus auf eine enge Zusammenarbeit mit den traditionellen Partnerländern, aber darüber hinaus auch mit Staaten, denen man bis dahin kritisch gegenüber gestanden hatte, angewiesen zu sein.<sup>76</sup> Dies kann man nicht zuletzt an dem recht abrupten Wandel der amerikanischen Haltung gegenüber Russland und China ablesen. Während in der Anfangsphase der Bush-Regierung die Außenpolitik gegenüber beiden Ländern von Kontroversen und Konkurrenzdenken geprägt war, legte man nach dem 11. September den Akzent sehr rasch auf Gemeinsamkeiten bis hin zu Überlegungen zu strategischen Allianzen im Kampf gegen den Terror.<sup>77</sup>

Die amerikanischen Bestrebungen zur Bildung einer sogenannten Antiterror-Koalition beinhalteten keine Wende zum Multilateralismus. Die USA sind bereit mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, aber sie behalten sich die Auswahl der Partner und die Ziele der Kooperation weiterhin vor. Ein funktional verstandener Multilateralismus praktiziert Zusammenarbeit nicht überall dort, wo sie möglich ist – das war das ursprüngliche Ziele der Clinton-Regierung – sondern nur dort, wo sie nötig und nützlich ist. Die Zusammenarbeit kann durchaus weitgehend sein und ihren Niederschlag auch in institutionellen Strukturen finden, sie darf nur die Fähigkeit der USA nicht einschränken, notfalls auch allein zu handeln. Als Kennzeichen der Bush-Doktrin wird daher nicht selten ein selektiver oder instrumenteller Multilateralismus angesehen, der im Kern eine starke unilaterale Komponente beibehält.<sup>78</sup> Als symptomatisch dafür gilt, dass die NATO und die Vereinten Nationen bei der Bildung der Antiterrorkoalition lediglich eine symbolische Funktion übernahmen. Durch geschickte Strategie stellten die USA sicher, dass die Schlüsselentscheidungen von ihnen getroffen wurden, sie zugleich aber bei Bedarf auf die militärischen, diplomatischen oder Geheimdienstressourcen ihrer Verbündeten und sonstigen Koalitionspartner zurückgreifen konnten.<sup>79</sup> Um politisch und militärisch unabhängig zu bleiben, nahmen die USA auch die Unterstützung der Vereinten Nationen für ihre Antiterrormaßnahmen wohlwollend an, verzichteten aber bewusst auf ein formelles Mandat des Sicherheitsrates für Militäraktionen.<sup>80</sup> Während

---

zersplitterten und von privaten Einzelinteressen bestimmten Außenpolitik beschrieben, vgl. Kreft 2002, S. 18 f.

<sup>76</sup> Vgl. Kreft 2002, S. 20; Rudolf 2002a, S. 11.

<sup>77</sup> Vgl. Hacke 2002b, S. 331 f.

<sup>78</sup> Vgl. Hacke 2002b, S. 334; Rudolf 2002a, S. 12 f.; Kreft 2002, S. 20.

<sup>79</sup> Vgl. Malone 2003, S. 33.

<sup>80</sup> Vgl. Hacke 2002b, S. 343-345.

eine ausdrückliche Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates die Grenzen des Einsatzes genau festgelegt und die USA an weitere Entscheidungen des Sicherheitsrates gebunden hätte, ließ die unverbindliche Unterstützung ihnen einen breiten Freiraum und stellte damit sicher, dass die Antiterrorcoalition faktisch als Instrument der USA fungieren konnte.<sup>81</sup>

Im September 2002 legte die Regierung von Präsident Bush mit der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA (NSS) erstmals eine Konzeption mit übergreifender und umfassender politischer und strategischer Bedeutung vor, in der sie konkrete politische Zielsetzungen formulierte, die der Veränderung des internationalen Systems nach dem Ende des Kalten Krieges Rechnung tragen sollten. In dem Dokument bekunden die USA die Absicht, ihre überragende militärische, wirtschaftliche und politische Stärke bewusst einzusetzen, um die internationalen Kräfteverhältnisse zugunsten der freiheitlichen Ordnung zu verändern und gleichzeitig im Verbund mit anderen Ländern jene terroristischen und despotischen Mächte zurückzudrängen, die die freiheitliche Ordnung bedrohen. Konkret geht es den USA dabei um die Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Großmächten von der Konkurrenz hin zu einer Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Risiken, um die Förderung von Demokratie und Marktwirtschaft als Mittel nicht zuletzt gegen Armut und Unterentwicklung und um die aktive Bekämpfung von Terroristen und Schurkenstaaten durch eine erweiterte militärische Optionspalette, die auch den präventiven und präemptiven Einsatz militärischer Mittel einschließt. Bei der Umsetzung dieser Ziele bauen die USA sowohl auf internationale Zusammenarbeit als auch auf die eigenen Kräfte. Die NSS bekennt sich grundsätzlich zu Institutionen der kollektiven Sicherheit (UNO, OAS) und der kollektiven Verteidigung. Im Falle überraschend auftretender spezifischer Bedrohungen sollen darüber hinaus „coalitions of the willing“ gebildet werden. Schließlich sind die USA auch willens alleine zu handeln, sofern ihre nationalen Interessen und ihre besondere Verantwortung dies erfordern. Strategisch beinhaltet die NSS somit eine Mischung aus Multilateralismus, Ad-hoc-Koalitionen und Unilateralismus.<sup>82</sup>

Als Testfall für die neue Strategie kann die amerikanische Außenpolitik im Vorfeld des Irakkrieges angesehen werden. Nach dem 11. September bestand das strategische

---

<sup>81</sup> Vgl. Hacke 2003a, S. 646 f.

<sup>82</sup> Vgl. Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002, S. 40 ff.

Hauptinteresse der USA darin, die von den Zentren des radikalen Islams ausgehende terroristische Bedrohung zu vermindern. Dabei geriet der Irak zunehmend ins Fadenkreuz, weil dessen Regime für eine ganze Palette von Bedrohungen stand und man sich von einer Demokratisierung des Landes positive Auswirkungen auf die gesamte Region versprach. Erst aus dem Zusammenwirken dieser verschiedenen Motive erwuchs die Entschlossenheit zum Feldzug gegen den Irak.<sup>83</sup> Der Wille zum militärischen Vorgehen war gepaart mit der grundsätzlichen Bereitschaft, gemeinsam mit anderen Ländern zu handeln. Das Ziel des Angriffs stand allerdings von vornherein fest. Andere Staaten sollten nur die Alternative haben, entweder mit den USA zusammen zu handeln oder aber abseits zu stehen. Diese Strategie wird teils als unilateral, teils als aggressiv multilateral bezeichnet.<sup>84</sup> Für die erste Interpretation spricht, dass die Drohung mit dem Irakkrieg seit Beginn des Jahres 2002 das Verhältnis zu den europäischen Verbündeten und zu den arabischen Staaten des Nahen Ostens zunehmend verschlechterte. In Europa war man brüskiert darüber, dass die USA allein über den Kurs gegenüber dem internationalen Terrorismus entscheiden wollten und die Verbündeten vor vollendete Tatsachen stellten.<sup>85</sup> Schließlich signalisierte der ohne UN-Mandat begonnene Irak-Krieg den Anspruch der USA, eine wichtige Weltregion gegen den Willen der Vereinten Nationen und ohne die wichtigsten Verbündeten gewaltsam neu zu ordnen.<sup>86</sup> Ein multilaterales Element ist demgegenüber in den Bemühungen der USA zu erkennen, durch umfassende diplomatische Bemühungen Unterstützung für ihre Irakstrategie zu erhalten. Am Beginn der Anti-Irakkampagne der USA standen in der ersten Jahreshälfte 2002 eine Reise von Vizepräsident Cheney in die arabischen Hauptstädte, eine Nahostinitiative mit der Bildung des so genannten Quartetts und eine moderate Nahostrede des Präsidenten. Entscheidend waren jedoch die langen Verhandlungen in der UNO, die zur Verabschiedung der Resolution 1441 des Sicherheitsrates im November 2002 führten. Die amerikanische Diplomatie war dabei grundsätzlich bereit gewesen, Abstriche an ihren weitgesteckten Zielen in Irak zu machen, um die UNO und die internationale Gemeinschaft für ihre Politik zu gewinnen. Dieses Angebot hatte nicht zuletzt innenpolitische Gründe. Denn die amerikanische Bevölkerung folgte ihrem Präsidenten zwar in seinem

---

<sup>83</sup> Vgl. Denison 2003, S. 19 f.

<sup>84</sup> Vgl. Czempiel 2003b, S. 14; Denison 2003, S. 21; Hippler 2003b, S. 11.

<sup>85</sup> Vgl. Schild 2002a, S. 136.

<sup>86</sup> Vgl. Czempiel 2003b, S. 14.

Ziel, gegen den Irak vorzugehen, zog dabei aber ein gemeinsames Handeln im Rahmen der UNO und mit den demokratischen Partnerländern vor.<sup>87</sup>

Seit dem Ende des Irakkrieges haben die USA wieder stärker die Nähe zur UNO und auch die Zusammenarbeit mit jenen europäischen Staaten gesucht, die den Feldzug abgelehnt hatten. Die USA haben damit nicht, wie von manchem vermutet, den Unilateralismus der Kriegsphase fortgeführt und etwa eine Spaltung und Marginalisierung ihrer europäischen Kritiker betrieben. Vielmehr ist in neuerer Zeit ein Prozess der außenpolitischen Mäßigung erkennbar, wie er bisher für fast alle amerikanischen Präsidenten in der zweiten Hälfte ihrer Amtsperiode typisch war.<sup>88</sup> Zudem spricht es gegen eine einseitige Orientierung auf den Unilateralismus, dass Präsident Bush bisher durchgängig bestrebt war, einen Ausgleich zwischen den beiden in seiner Regierung vertretenen außenpolitischen Lagern, repräsentiert durch Außenminister Powell und Verteidigungsminister Rumsfeld, herbeizuführen.<sup>89</sup> Die Fokussierung auf die Sicherheitspolitik und der Anspruch auf unbeschränkte Handlungsfreiheit in militärisch-strategischen Angelegenheiten sind jedoch geblieben. Unverändert ist auch Skepsis gegenüber neuen internationalen Abkommen.

#### **4. Die politisch-normative Debatte über Multilateralismus und Unilateralismus**

##### **4.1 Kritik am Unilateralismus**

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes schien sich die Perspektive zu einer „Neuen Weltordnung“ zu eröffnen, in der die scheinbare Stabilität der zuvor zweigeteilten Welt durch ein auf Kooperation gegründetes System der internationalen Beziehungen unter der wohlwollenden Führung der USA ersetzt würde. Die Regierung von Präsident Bush

---

<sup>87</sup> Vgl. Denison 2003, S. 22-24. Ganz anders interpretiert Jochen Hippler (2003b, S. 16 ff.) den Umgang der USA mit der UNO während der Irakkrise. Für ihn stellt die US-amerikanische Rolle beim Zustandekommen der UNO-Resolutionen 1441 und 1483 nur die Fortsetzung einer grundsätzlich rein taktischen, zwischen massivem Druck und scheinbaren Zugeständnissen wechselnden Politik dar.

<sup>88</sup> Vgl. Czempiel 2003b, S. 15.

<sup>89</sup> Vgl. auch Hacke 2003a, S. 667.

sen. praktizierte eine multilaterale Außenpolitik, die die Vereinten Nationen zum zentralen Forum für eine Vielzahl von amerikanischen Initiativen machte. Die Clinton-Administration führte diese Politik in ihren ersten Jahren nicht nur fort, sondern erhob sie unter dem Begriff des „assertive multilateralism“ sogar zur offiziellen außenpolitischen Strategie.<sup>90</sup> Multilateral orientierte Kritiker der amerikanischen Außenpolitik erheben nun den Vorwurf, dass sich zunächst die Clinton-Regierung, aber stärker noch die Regierung von Präsident George W. Bush immer mehr von diesem Politikansatz entfernt und schließlich eine vollständige Wende hin zum Unilateralismus vollzogen habe.

Als Indizien für die unilateralistische Wende der amerikanischen Außenpolitik gelten eine ganze Kette von Maßnahmen, die sich als einseitige, allein an den Interessen der USA orientierte Handlungen interpretieren lassen.<sup>91</sup> In langfristiger Perspektive fällt vor allem die enorme Zunahme von Wirtschaftssanktionen auf. Von den 120 unilateralen Sanktionen, die die USA seit dem ersten Weltkrieg über andere Länder verhängt haben, sind rund die Hälfte in den Jahren 1993 bis 1998 vom Kongress beschlossen worden.<sup>92</sup> In der Ära Clinton zählen zu den unilateralen Maßnahmen auch die Aufhebung des Waffenembargos im Bosnienkonflikt, die amerikanisch-britischen Bombardements in Irak und die Kriegführung in Kosovo – beide ohne UN-Mandat. Darüber hinaus nahm die Regierung von Präsident Clinton eine unilaterale Haltung in einer Reihe von Fragen ein, die auch nach dem Wechsel der Präsidentschaft zu George W. Bush weiter eine Rolle spielten. Nachdem der ABM-Vertrag von 1972 während der Ära Clinton bereits zunehmend unterlaufen worden war, wurde er von der Bush-Regierung dann auch offiziell aufgekündigt, um unbeschränkt das von den Europäern mit großer Skepsis betrachtete Vorhaben eines nationalen Raketenabwehrprogramms (National Missile Defense – NMD) weiterverfolgen zu können. Auch die Ratifizierung des Atomteststopp-Vertrages wird von den USA bereits seit den neunziger Jahren verweigert. Das Statut des internationalen Strafgerichtshofes wurde ebenfalls bereits von der Clinton-Regierung abgelehnt.<sup>93</sup>

---

<sup>90</sup> Vgl. Czempiel 2003a, S. 66 f., 74 f.

<sup>91</sup> Vgl. insgesamt Schade 2003, S. 26 ff.

<sup>92</sup> Vgl. Hacke 2003a, S. 666; Schade 2003, S. 32.

<sup>93</sup> Vgl. Mielke 2002/2003, S. 6; Kubbig/Dembinski/Kelle 2000, S. 2; Dembinski 2002, S. 1; Jäger 2001, S. 840 f.

Etwas anders verhielt es sich beim Thema Klimaschutz. Präsident Clinton unterschrieb zwar im Jahre 1998 das so genannte Kyoto-Protokoll, die Umsetzung scheiterte jedoch an der Weigerung des Senats, das Protokoll zu ratifizieren. Die Bush-Regierung erklärte im März 2001 hingegen offen, dass sie nach Wegen suche, aus dem Vertrag auszusteigen und dies, ohne alternative Vorschläge zum Klimaschutz vorzulegen. Für sie geht das Protokoll grundsätzlich in eine falsche Richtung.<sup>94</sup> Auf den Widerstand der Bush-Regierung stießen auch Abkommen zur Kontrolle des Verbots biologischer Waffen, zu Einschränkungen des Verkehrs von Kleinwaffen, das Anti-Minen-Abkommen und die Kinderrechtskonvention.<sup>95</sup> Des Weiteren verzichtete Präsident Bush nach dem 11. September 2001 darauf, die militärische Bekämpfung des Terrorismus vom UN-Sicherheitsrat legalisieren zu lassen. Anders als Bush sen., der für die Befreiung Kuwaits von der irakischen Besetzung das Placet des Sicherheitsrates hatte, handelte Bush jr. in Afghanistan weitgehend ohne Rückendeckung und Unterstützung der Vereinten Nationen, aber auch der Nato.<sup>96</sup> Als Beweis für den amerikanischen Unilateralismus wird schließlich das Handeln der Bush-Regierung während der gesamten Irakkrise und insbesondere der Feldzug der Amerikaner gegen den Irak angesehen.

Für die multilateral orientierten Kritiker der amerikanischen Außenpolitik hat die Bush-Regierung einen grundlegenden außenpolitischen Wandel vollzogen, dessen gemeinsamen Nenner die bewusste Abkehr von den Normen und Institutionen des internationalen Systems bildet.<sup>97</sup> Die zahlreichen Versuche der Amerikaner, sich aus internationalen Verpflichtungen zu befreien oder möglichst keine weiteren einzugehen, deuteten auf ein Streben nach größtmöglicher Handlungsfreiheit hin, für das der Multilateralismus zu einer lästigen Fessel geworden sei.<sup>98</sup> Angesichts eines veränderten Bedrohungsszenarios wollten die USA alle Einschränkungen für den Einsatz ihrer Militärmacht beseitigen, um ungehindert präventiv gegen „Schurkenstaaten“ und Terroristen vorgehen zu können.<sup>99</sup> Das Ergebnis dieser Bestrebungen sei eine konfrontative, militärisch dominierte Strategie, die nur noch instrumentell mit den internationalen Organisationen umgehe, indem sie sie punktuell als Instrument für ihre Ziele benutze, ohne jedoch die zugrunde

---

<sup>94</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 5.

<sup>95</sup> Vgl. Mielke 2002/2003, S. 6; Dembinski 2002, S. 1.

<sup>96</sup> Vgl. Mielke 2002/2003, S. 9, 11.

<sup>97</sup> Vgl. Rudolf 2002b, S. 18 f.

<sup>98</sup> Vgl. Müller 2000, S. 46.

<sup>99</sup> Vgl. Rudolf 2002b, S. 18 f.; Hauswedell u. a. 2003, S. 4.

liegenden multilateralen Regeln als für sich bindend anzuerkennen.<sup>100</sup> Dies zeige sich zum einen an dem weitgehenden Verzicht, die Verbündeten vor wichtigen außenpolitischen Entscheidungen zu konsultieren und in die Entscheidungsbildung einzubeziehen.<sup>101</sup> Zum anderen neigten die USA immer häufiger dazu, auf andere Staaten Druck auszuüben, sei es durch wirtschaftliche Sanktionen oder durch militärische Drohungen bzw. militärische Intervention.<sup>102</sup> Zugespitzt sieht man in all dem Kennzeichen einer Entwicklung, an deren vorläufigem Ende „amerikanischer Unilateralismus ... als ein die Weltpolitik durchdringendes, allgegenwärtiges Syndrom (erscheint).“<sup>103</sup>

Von den Kritikern der amerikanischen Außenpolitik werden unilaterale Handlungen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, vor allem aber wegen der erwarteten negativen Folgen für das System der internationalen Beziehungen abgelehnt. Vier Hauptargumente werden in diesem Zusammenhang vorgetragen:

1. Unilateralismus führe zuallererst zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der USA als Weltführungs-macht.<sup>104</sup> Wenn die USA für sich das Recht beanspruchten, ohne Legitimation durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Souveränitätsrechte anderer Länder zu verletzen, von anderen Staaten aber die Einhaltung der internationalen Normen verlangten, dann praktizierten sie einen Doppelstandard, der von anderen als Machtmissbrauch verstanden werden müsse.<sup>105</sup> Indem sie für sich eine Ausnahme von dem Prinzip der Gleichbehandlung einforderten, erweckten sie den Anschein, sich von ihren eigenen Werten und Prinzipien zu distanzieren.<sup>106</sup> Die USA büßten damit ihren moralischen Führungsanspruch ein. Außerdem könnten Verstöße der USA gegen internationales Recht andere Staaten dazu motivieren sich ihren vertraglichen Verpflichtungen ebenfalls zu entziehen.<sup>107</sup> Denn nur wer sich selbst den Normen des Völkerrechts unterwerfe, könne dies auch von anderen, also etwa von den so genannten „Schurkenstaa-

---

<sup>100</sup> Vgl. Hauswedell u. a. 2003, S. 4; Müller 2000, S. 46.

<sup>101</sup> Vgl. Rudolf 2002b, S. 17.

<sup>102</sup> Vgl. Huntington 1999, S. 550 f.

<sup>103</sup> Vgl. Müller 2000, S. 47. Moderatere Kritiker der amerikanischen Außenpolitik betonen zwar, dass sich die außenpolitischen Entscheidungen auch im vergangenen Jahrzehnt zwischen multilateralen und unilateralen Ansätzen hin und her bewegt hätten, allerdings sehen auch sie insgesamt einen stetigen Trend hin zum Unilateralismus; vgl. Malone/Khong 2003b, S. 422.

<sup>104</sup> Vgl. Kupchan 2003, S. 7.

<sup>105</sup> Vgl. auch Voigt 2003, S. 5.

<sup>106</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 445.

ten“, verlangen.<sup>108</sup> Der amerikanische Unilateralismus verhindere daher Fortschritte beim Aufbau eines multilateralen Systems von Global Governance.<sup>109</sup>

2. Viele gewaltsame Konflikte zwischen oder innerhalb von Staaten könnten nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden. Gerade gegen diffuse Sicherheitsgefährdungen, wie sie vom internationalen Terrorismus ausgehen, stelle der Einsatz von militärischer Macht nur ein begrenzt taugliches Mittel dar. Im Gegenteil können fortgesetzte militärische Operationen in Krisenregionen den zivilen Wiederaufbau sogar erschweren oder verhindern. Aber selbst wenn militärische Gewalt eine Lösung darstellte, hätte auch eine Supermacht wie die USA nicht die nötigen Kapazitäten zur Verfügung, um überall auf der Welt Frieden zu erhalten oder zu schaffen.<sup>110</sup> Die Vorstellung, durch militärische Macht Handlungsautonomie zu erringen, erweise sich letztlich als trügerisch, weil sie die eigenen Möglichkeiten über- und die Abhängigkeit von Kooperationspartnern unterschätze.<sup>111</sup>
3. Unilaterale Aktionen erzeugten fast zwangsläufig Widerstände auf Seiten derjenigen, die nicht in die Entscheidungen einbezogen worden oder von ihnen negativ betroffen seien.<sup>112</sup> Verbündete könnten die Gefolgschaft aufkündigen, wenn sie den Eindruck hätten, die USA nutzten ihre Machtfülle aus, verhielten sich obstruktiv in internationalen Verhandlungen und versuchten rücksichtslos ihre nationalen Interessen durchzusetzen.<sup>113</sup> Darüber hinaus könne einseitiges Vorgehen andere Staaten dazu motivieren Gegenallianzen einzugehen.<sup>114</sup> Unilateralismus gefährde daher politische Partnerschaften und führe letztlich zur Zerstörung des Gefüges der Staatengemeinschaft. Eine Großmacht, die auf Überlegenheit und Prävention setzte, erscheine gegenüber der übrigen Welt als ziellos, widersprüchlich und sprunghaft und setze dadurch gewachsene Bindungen aufs Spiel. Ein rein unilateral handelndes Amerika werde sich daher letztlich in einer unsi-

---

<sup>107</sup> Vgl. Hippler 2003a, S. 824.

<sup>108</sup> Vgl. Nuscheler 2001, S. 8.

<sup>109</sup> Vgl. Nuscheler 2001, S. 8.

<sup>110</sup> Vgl. Hauswedell u. a. 2003, S. 9; Nuscheler 2001, S. 8.

<sup>111</sup> Vgl. Kupchan 2003, S. 8.

<sup>112</sup> Vgl. Nuscheler 2001, S. 8.

<sup>113</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 445.

<sup>114</sup> Vgl. Nuscheler 2001, S. 8.

cheren Welt voller Feinde wieder finden.<sup>115</sup> Unilateralismus erzeuge zu viele Widerstände, um auf Dauer erfolgreich zu sein.<sup>116</sup>

4. Das amerikanische Kalkül, grundlegende Prinzipien vorübergehend außer Kraft zu setzen, um langfristig einen Nutzen daraus zu ziehen, könne nicht aufgehen. Unilateralismus habe eher zur Folge, dass die langfristigen amerikanischen Ziele wie Stärkung des internationalen Rechts und der Menschenrechte, Eindämmung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Beseitigung des internationalen Terrorismus verfehlt würden.<sup>117</sup> Indem der Unilateralismus die Institutionen schwäche, die von den Vereinigten Staaten umgangen oder vernachlässigt würden, könnten im Hinblick auf zahlreiche internationale Probleme nur mehr suboptimale Lösungen erzielt werden. Der kurzfristige Gewinn, den die unilateralen Handlungen den USA einbrächten, führe zu erheblichen langfristigen Kosten auf Seiten der Partner der USA und der internationalen Regime. Wenn die Amerikaner zunehmend auf den Unilateralismus setzten, verletzten sie im Endeffekt somit ihre eigenen langfristigen Interessen.<sup>118</sup>

Insgesamt betrachtet kann es aus Sicht der multilateral orientierten Kritiker der amerikanischen Außenpolitik für den Unilateralismus der USA in einer interdependenten globalisierten Welt keine Zukunft geben. Zu einer freiwilligen Einbindung der USA in ein System der multilateralen Kooperation gebe es daher keine Alternative.<sup>119</sup> Konkret verlange dies von den USA, den eigenen Machtvorsprung nicht zur bedingungslosen Verwirklichung der eigenen Interessen einzusetzen, auf die Wünsche und Bedürfnisse der Partnerstaaten einzugehen und sich in ein System von internationalen Normen einbinden zu lassen.<sup>120</sup> Dies bedeute zwar auch Einschränkungen für die Großmacht, komme ihr letztlich aber zugute, weil dadurch in der Weltgemeinschaft ein Gefühl der Gleichberechtigung entstehe, das wiederum das Ansehen und Vertrauen in die USA als Führungsmacht verstärke.<sup>121</sup>

---

<sup>115</sup> Vgl. Mielke 2002/2003, S. 22; vgl. auch Kupchan 2003, S. 7, 33.

<sup>116</sup> Vgl. Nuscheler 2001, S. 11.

<sup>117</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 445.

<sup>118</sup> Vgl. Malone/Khong 2003a, S. 4, 15; Malone/Khong 2003b, S. 424 f.

<sup>119</sup> Vgl. Nuscheler 2001, S. 11.

<sup>120</sup> Vgl. Müller 2000, S. 45.

<sup>121</sup> Vgl. Kupchan 2003, S. 8.

## 4.2 Kritik am Multilateralismus

Die Kritik am amerikanischen Unilateralismus geht von Annahmen über die Funktionsweise von internationalen Institutionen aus, die von Kritikern des Multilateralismus in Zweifel gezogen werden. Aus ihrer Perspektive lässt sich die Neigung der amerikanischen Regierung, sich nur bedingt auf multilaterale Arrangements einzulassen, eine Reihe von internationalen Abkommen abzulehnen und punktuell unilateral zu handeln, mit guten Gründen rechtfertigen. Der Maßstab ihrer Argumentation ist die Legitimität und die Effektivität der amerikanischen Außenpolitik im Kontext des internationalen Staatensystems. Dabei lassen sich vier Dimensionen unterscheiden:

1. Es gebe ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht der amerikanischen Bevölkerung und der Einbindung in ein internationales Vertragssystem. Amerikanische Regierungen seien mit Recht in gewisser Weise immun gegen Kritik von außen an ihrem Verhalten in multilateralen Organen, weil sie ihre Politik und ihre Handlungen in erster Linie innenpolitisch, d. h. vor ihrer Wählerschaft, zu verantworten haben.<sup>122</sup> Demzufolge könne das internationale Recht niemals Vorrang vor der amerikanischen Gesetzgebung haben. Die Pflicht zum Schutz der nationalen Souveränität gebiete es vielmehr umgekehrt, dafür Sorge zu tragen, dass amerikanische Normen, Standards und Gesetze auch international realisiert werden.<sup>123</sup> Wenn sich die USA zu weit auf internationale Kooperation einließen und immer mehr Entscheidungshoheit auf internationale Organisationen übertragen, würde dies die Möglichkeiten der politischen Gemeinschaft, über ihre Geschicke selbst zu entscheiden, beschneiden. Um Souveränitätsverluste zu vermeiden, müssten die USA daher ständig überprüfen, inwieweit sie sich auf internationale Verträge einlassen könnten, ohne die Freiheitsrechte der amerikanischen Bürger unzulässig einzuschränken. Tolerierbar sei nur eine klar definierte und notfalls widerrufbare Einschränkung nationaler Autonomie, nicht aber ein genereller Souveränitätsverzicht, wie er etwa mit einer generellen Stärkung der Vereinten Nationen verbunden wäre.<sup>124</sup>

---

<sup>122</sup> Vgl. auch Luck 2003, S. 165.

<sup>123</sup> Vgl. Malone 2003, S. 19 f.

2. Die USA behalten sich das Recht vor, zum Schutz ihrer Interessen auch ohne ausdrückliche Autorisierung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Gewalt anzuwenden und haben dies auch vielfach getan, wie etwa in Grenada, Libyen, Panama, Irak, Kosovo und Afghanistan. Dies bringe amerikanische Außenpolitik in ein permanentes Spannungsverhältnis zu den einschlägigen Bestimmungen der UN-Charta.<sup>125</sup> Es sei für die USA dennoch unumgänglich, an dieser unilateralen Option festzuhalten. Um militärisch nicht erpressbar zu sein und Erpressungsversuche gar nicht erst herauszufordern, müssten die USA jederzeit bereit und in der Lage sein, einer militärischen Herausforderung entschieden entgegenzutreten. Um zwischen Gewalt und Diplomatie wählen zu können, müsse man auch über die Fähigkeit verfügen, glaubhaft mit Gewalt drohen zu können und sie notfalls auch anzuwenden.<sup>126</sup> Dies diene gelegentlich sogar der Realisierung multilateraler Anliegen. Denn durch Gewaltanwendung hätten die USA etwa in Kosovo und in Afghanistan politisch weithin geteilten Zielen Nachdruck verliehen, zahllose Menschenleben gerettet und nicht zuletzt die Chancen für internationale Kooperation verbessert.<sup>127</sup>
  
3. Unilaterales Handeln wird häufig mit den Unzulänglichkeiten des Multilateralismus begründet. Multilaterale Institutionen kommen oft nur mühsam und mit hohem Zeitaufwand zu Entscheidungen, wenn sie nicht aufgrund unvereinbarer Standpunkte sogar handlungsunfähig seien. Entscheidungsinhalte seien oft so allgemein, dass sie Differenzen überdeckten, und diese könnten gemeinsames Handeln unmöglich machen. Außerdem bereite es Probleme zu kontrollieren, ob sich auch alle an die getroffenen Abmachungen halten.<sup>128</sup> Multilateralismus könne sogar dysfunktional sein, und zwar immer dann, wenn er das Kalkül der beteiligten Staaten in einer Weise beeinflusse, die zu Ergebnissen führe, die für die Staatengemeinschaft insgesamt suboptimal oder sogar schädlich seien. Dysfunktionaler Multilateralismus liege dann vor, wenn Vereinbarungen Anreize zum Trittbrettfahrverhalten oder zu offenem Missbrauch von Ausnahmeregelungen geben oder wenn Staaten faktisch nicht in der Lage seien, den internationa-

---

<sup>124</sup> Vgl. Dembinski 2002, S. 34-41.

<sup>125</sup> Vgl. Luck 2003, S. 167.

<sup>126</sup> Vgl. auch Denison 2002, S. 49, 51; „Multilateralism is for ‘wimps’“; Denison 2002, S. 45.

<sup>127</sup> Vgl. Malone/Khong 2003a, S. 15; Malone 2003, S. 35; Malone/Khong 2003b, S. 424.

<sup>128</sup> Vgl. Wedgwood 2002, S. 168.

len Verpflichtungen nachzukommen, denen sie zugestimmt haben. Die Folge sei, dass Staaten, die die Chance dazu hätten, auch verstärkt von unilateralen Optionen Gebrauch machten.<sup>129</sup> Aus Sicht der USA sei der Preis, der für die Erzielung von akzeptablen multilateralen Vereinbarungen entrichtet werden müsse, oft zu hoch. Multilateralismus werde dann als unnötige Einschränkung für die amerikanische Handlungsfreiheit empfunden.<sup>130</sup>

4. Die Begriffe Unilateralismus und Multilateralismus seien nicht geeignet, die unterschiedlichen Orientierungen der amerikanischen Außenpolitik angemessen zum Ausdruck zu bringen. In einer ersten Variante dieser Auffassung bilden die beiden Begriffe kein Gegensatzpaar, sondern beschreiben komplementäre Konzeptionen. So mache ein unilaterales Vorgehen in vielen Fällen multilaterale Arrangements erst möglich, während in anderen Fällen der Multilateralismus umgekehrt den Spielraum für unilaterale Aktionen erweitere.<sup>131</sup> Vertreter dieser These können darauf verweisen, dass die USA auch nach ihrer vermeintlichen Wende zum Unilateralismus weiterhin multilaterale Initiativen ergriffen haben, sich trotz negativer Erfahrungen in großem Umfang an UN-Peacekeeping-Operationen beteiligen, sich aktiv für die Umsetzung zahlreicher multilateraler Regime einsetzen und dabei insgesamt beträchtliche Einschränkungen ihrer Autonomie hinnehmen.<sup>132</sup> In der zweiten Variante wird vor allem auf die Unbestimmtheit des Begriffs Multilateralismus verwiesen. Es sei zu kurz gegriffen, diesen mit der Bereitschaft, sich den Regeln der Vereinten Nationen zu unterwerfen, zu identifizieren. Staatliche und nichtstaatliche Verfechter von universalen Prinzipien könnten, wenn es um konkrete politische Fragen gehe, nicht ohne weiteres multilaterale Legitimität für sich reklamieren und ihren Gegnern unilaterale Illegitimität bescheinigen. Dafür sei das Verhalten dieser Akteure oft viel zu sehr von eigenen Interessen bestimmt.<sup>133</sup> So trete die Europäische Union aufgrund ihres supranationalen Charakters oft mit dem Anspruch des Multilateralismus auf, verhalte sich gegenüber den USA und anderen Großmächten faktisch

---

<sup>129</sup> Vgl. van Oudenaren 2002, S. 13-17.

<sup>130</sup> Vgl. Denison 2002, S. 45.

<sup>131</sup> Vgl. Glennon 2003, S. 5.

<sup>132</sup> Vgl. Luck 2003, S. 168-171.

<sup>133</sup> Vgl. van Oudenaren 2002, S. 8, 12, 13.

jedoch oft genug in einer Weise, die man als „Block-Unilateralismus“ bezeichnen könne.<sup>134</sup>

## 5. Bedingungsfaktoren der US-amerikanischen Außenpolitik

Insgesamt betrachtet bewegt sich die US-Außenpolitik der letzten Jahrzehnte in einem Spannungsfeld zwischen Multilateralismus und Unilateralismus, in dem die Akzente je nach Situation unterschiedlich gesetzt werden.<sup>135</sup> Dies gilt auch für die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges. Denn in nahezu allen Bereichen der amerikanischen Außenpolitik – von der Menschenrechts- über die Umweltpolitik bis hin zu Fragen des Peacekeeping und der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen – lassen sich sowohl unilaterale als auch multilaterale Elemente nachweisen.<sup>136</sup> Zwar ist in neuester Zeit eine Abkehr der USA von einer ganzen Reihe von internationalen Abkommen und Institutionen unverkennbar, dies muss aber vor dem Hintergrund gesehen werden, dass es zwischen 1970 und 1997 einen dramatischen Anstieg der Zahl von multilateralen Regimen, Organisationen und Verträgen gegeben hat, die in ihrer Mehrzahl unter maßgeblicher Beteiligung der USA zustande gekommen sind.<sup>137</sup>

Es gibt einen gemeinsamen Nenner für diese Wechselhaftigkeit der amerikanischen Außenpolitik, und das ist der ambivalente und selektive Umgang der USA mit multilateralen Institutionen. Dafür gibt es strukturelle Ursachen, die mit der Stellung des Landes in der Welt und mit innenpolitischen Gegebenheiten zu tun haben. Man kann im Wesentlichen vier Einflussfaktoren unterscheiden:<sup>138</sup>

1. Es wird vielfach darauf hingewiesen, dass Macht in einem ambivalenten Verhältnis zum Multilateralismus steht. Ein dominanter Staat wie die USA könne

---

<sup>134</sup> Vgl. van Oudenaren 2002, S. 10 f., 22.

<sup>135</sup> Vgl. Hippler 2003a, S. 818; Patrick 2002, S. 10, 12.

<sup>136</sup> Vgl. Malone/Khong 2003a, S. 5-11; Malone/Khong 2003b, S. 423. Im Unterschied zu dieser Position vertritt Ulrich Menzel die Auffassung, dass die USA seit dem Ende des Ost-West-Konflikts keinen wirklichen Multilateralismus praktiziert hätten und dass einzelne multilaterale Handlungen immer nur instrumentellen Charakter gehabt hätten (2003, S. 53 f.).

<sup>137</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 9 ff.

<sup>138</sup> Vgl. Dembinski 2002, S. 26; Patrick 2002, S. 20; vgl. auch Malone/Khong (2003b, S. 424), die allerdings nur drei dieser vier Faktoren für maßgebend halten.

zwar seine Hegemonie mit Hilfe multilateraler Institutionen effizienter gestalten, er gehe mit der Bindung an internationale Regeln aber auch das Risiko ein, sich selbst zu fesseln.<sup>139</sup> Da die USA neben dem Multilateralismus auch andere Politikoptionen besitzen – Unilateralismus, bilaterale Arrangements oder temporäre Koalitionen – können sie es sich leisten, Konsultationen zu umgehen, ihren Willen durchzusetzen und die Kosten von Alleingängen selbst zu tragen.<sup>140</sup> Da die Machtposition der USA im internationalen System durch das Ende des Kalten Krieges noch einmal erheblich gestärkt worden ist, haben sich auch die Anreize zur multilateralen Zusammenarbeit vermindert. Kooperation mit anderen Staaten erscheint nicht mehr so sehr als Chance zur Lösung internationaler Probleme, sondern vielmehr als Hindernis für die Durchsetzung nationaler Interessen.<sup>141</sup> Sobald die Amerikaner den Eindruck haben, dass Mechanismen der multilateralen Kooperation ihre nationalen Interessen, ihre Freiheit der Diplomatie und ihre Verfassungstraditionen ignorieren, tendieren sie daher dazu, sich aus den kooperativen Gremien zurückzuziehen.<sup>142</sup>

2. In der amerikanischen politischen Kultur ist die Vorstellung fest verankert, die USA seien ein musterhaftes Staatswesen, das anderen Ländern als Vorbild dienen könne. Da das amerikanische Gemeinwesen allgemeine moralische Prinzipien wie die Achtung unveräußerlicher Menschenrechte in besonders vorbildlicher Weise verkörpere, hätten die USA auch eine besondere Verantwortung für die Welt.<sup>143</sup> Die Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten über die besten aller denkbaren Werte und Institutionen verfügten, impliziert den Anspruch, dass sich die übrige Welt an die amerikanischen Verhältnisse anzupassen habe und nicht umgekehrt.<sup>144</sup> Dieser missionarische Impuls hat unmittelbaren Einfluss auf die außenpolitischen Ziele der USA und auf die Art ihres internationalen Engagements. Allerdings lässt er zwei völlig unterschiedliche Ausdeutungen zu. Auf der einen Seite bildet er ein Motiv, multilaterale Institutionen zu fördern und anzuführen, um die anarchische und konfliktanfällige Welt in eine Gemeinschaft der Sicherheit und des Wohlstandes zu überführen. Auf der anderen Seite lässt sich

---

<sup>139</sup> Vgl. Dembinski 2002, S. 8.

<sup>140</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 10, 16 f.

<sup>141</sup> Vgl. Hippler 2003b, S. 10.

<sup>142</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 10, 16 f.

<sup>143</sup> Vgl. Dembinski 2002, S. 13.

daraus im Gegenteil die Pflicht ableiten, die Außergewöhnlichkeit des amerikanischen Gesellschaftsmodells gegen schädliche Einflüsse von außen abzusichern und der Nation die Handlungsfreiheit auch gegenüber den internationalen Regeln und Körperschaften zu erhalten.<sup>145</sup>

3. Das amerikanische Regierungssystem zeichnet sich durch ein Gefüge von „checks and balances“ aus, die zur Blockade politischer Entscheidungen führen können. Aufgrund der zahlreichen institutionalisierten Veto-Positionen kann die Durchführung einer konsistenten Politik selbst dann scheitern, wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Akteure unterstützt wird. Dies gilt insbesondere für die Außenpolitik, weil hier im Senat, der in diesem Bereich umfassende Befugnisse besitzt, Minderheitenpositionen eine starke Stellung haben. Da insbesondere multilaterales Engagement eine hohe Konsistenz der verschiedenen politischen Maßnahmen erfordert, kann dieses sehr leicht an den Blockademechanismen des politischen Systems scheitern. Das grundsätzliche Problem verschärft sich noch, wenn der Präsident einer anderen Partei angehört als die Kongressmehrheit und wenn zwischen den Parteilagern im Kongress große politische Gegensätze bestehen.<sup>146</sup>
4. Die Bevölkerung der USA ist seit Jahrzehnten mehrheitlich der Ansicht, dass sich ihre Regierung aktiv an der Lösung von Weltproblemen wie Friedenserhaltung, Wahrung der Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung beteiligen und dies in Kooperation mit anderen Ländern tun sollte. Die amerikanische Öffentlichkeit ist nicht nur empfänglich für ein multilaterales Engagement, sondern zieht es auch ganz eindeutig unilateralen Strategien vor. Dies ist entgegen manchem Eindruck auch in den letzten fünfzehn Jahren so geblieben.<sup>147</sup> Mit dem Verschwinden der sowjetischen Bedrohung verloren die Amerikaner jedoch generell das Interesse an internationalen Problemen. Sie wandelten sich sozusagen zu „apathischen Internationalisten“.<sup>148</sup> Dies bietet eine Erklärung dafür, warum die Haltung der Bevölkerung sich nicht stärker in der amerikanischen Außenpo-

---

<sup>144</sup> Vgl. Malone/Khong 2003a, S. 14.

<sup>145</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 7 f.

<sup>146</sup> Vgl. Dembinski 2002, S. 22.

<sup>147</sup> Vgl. Kull 2002, S. 99 ff. 117; Lindsay 2003, S. 42 ff.

<sup>148</sup> Vgl. Lindsay 2003, S. 42-45.

litik widerspiegelt. Die Regierungen mussten auf die Meinung der Bevölkerung so lange kaum Rücksicht nehmen, wie diese sich wenig für außenpolitische Themen interessierte.<sup>149</sup> Die zweite Erklärung besteht darin, dass die politischen Eliten Amerikas im Vergleich mit der Bevölkerung dem Multilateralismus sehr viel skeptischer gegenüber stehen.<sup>150</sup> Mit dem 11. September 2001 fand die außenpolitische Apathie der Amerikaner zwar ein abruptes Ende, ihre Orientierung ist aber nach wie vor multilateral geblieben.<sup>151</sup>

Vor diesem strukturellen Hintergrund praktizieren amerikanische Regierungen eine Außenpolitik, die ihrer Umwelt häufig als paradox erscheinen muss: Obwohl die Amerikaner viele Normen und Standards der internationalen Beziehungen fördern und auch selbst einhalten, wollen sie letztlich ihre Handlungsfreiheit auch gegenüber rechtlich bindenden internationalen Regelungen und Verfahren behalten, sofern sie den Eindruck haben, dass diese nicht ausreichend transparent oder nicht kompatibel mit nationalen Interessen oder Gesetzen sind. Deshalb haben die USA die mit dem Multilateralismus verbundenen Einschränkungen und Verpflichtungen niemals als in letzter Konsequenz für sich verbindlich angesehen. Sie haben einerseits die weltpolitische Führungsrolle bei der Schaffung von multilateraler Kooperation übernommen und sind doch andererseits eines der größten Hindernisse dieser Kooperation gewesen.<sup>152</sup> Dieses außenpolitische Handeln erscheint jedoch weniger widersprüchlich, wenn man bedenkt, dass die USA eine Supermacht sind, die über strategische Alternativen zum Multilateralismus verfügt, und die deshalb Kosten und Nutzen des kooperativen Verhaltens sorgfältig abwägt.<sup>153</sup> Mit diesem Kalkül lässt sich erklären, weshalb die USA eine ambivalente Haltung gegenüber multilateralen Arrangements an den Tag legen und weshalb sie diese Strategie immer nur selektiv nutzen. Zudem wird deutlich, dass die USA immer dann zu Alleingängen tendieren, wenn ihnen die Einschränkungen durch den Multilateralismus zu stark und die politischen Erfolgsaussichten zu gering erscheinen.<sup>154</sup> Allerdings legt rationales Abwägen auch eine prinzipielle Offenheit gegenüber multilateralen Arrangements nahe: „Typically, the choice is not between unilateralism and multilateralism but among variants of the latter. The task for U.S. policymakers is to design strategies that

---

<sup>149</sup> Vgl. auch Lindsay 2003, S. 46 f.

<sup>150</sup> Vgl. Dembinski 2002, S. 19 f.; Kull 2002, S. 99, 117.

<sup>151</sup> Vgl. Lindsay 2003, S. 52 f.

<sup>152</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 7, 17; Malone 2003, S. 24.

<sup>153</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 2, 9; Hippler, 2003b, S. 13.

maximize the benefits and opportunities of acting with others while minimizing the costs and constraints.”<sup>155</sup>

---

<sup>154</sup> Vgl. Patrick 2002, S. 2-10, 21.

<sup>155</sup> Patrick 2002, S. 2.

## Literatur

- Brzezinski, Zbigniew** (1997): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim.
- Czempiel, Ernst-Otto** (1996): Rückkehr in die Hegemonie. Zur Weltpolitik der USA unter Präsident Clinton, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43, S. 25-33.
- Czempiel, Ernst-Otto** (2003a): Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München.
- Czempiel, Ernst-Otto** (2003b): Die stolpernde Weltmacht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46, S. 7-15.
- Dembinski, Matthias** (2002): Unilateralismus versus Multilateralismus. Die USA und das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und Internationaler Organisation, HSFK-Report 4/2002, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main.
- Denison, Andrew B.** (2002): Shades of Multilateralism: US Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
- Denison, Andrew B.** (2003): Unilateral oder multilateral? Motive der amerikanischen Irakpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24-25, S. 17-24.
- Feiner, Sabine** (2000): Weltordnung durch US-Leadership? Die Konzeption Zbigniew K. Brzezinskis, Wiesbaden.
- Glennon, Michael J.** (2003): Der Traum, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.6.2003, S. 7.
- Hacke, Christian** (2002a): Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48, S. 7-15.
- Hacke, Christian** (2002b): Die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September, in: Frank, Hans/Hirschmann, Kai (Hrsg): Die weltweite Gefahr: Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin, S. 327-358.
- Hacke, Christian** (2003a): Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Hacke, Christian** (2003b): Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24-25, S. 8-16.
- Hauswedell, Corinna/Weller, Christoph/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno** (2003): Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: Friedensgutachten 2003, hrsg. von Hauswedell, Corinna/Weller, Christoph/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno, Münster, S. 1-18.
- Hippler, Jochen** (2003a): Die unilaterale Versuchung: veränderte Dominanzformen im internationalen System, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, S. 818 - 825.

- Hippler, Jochen** (2003b): US-Dominanz und Unilateralismus im internationalen System – Strategische Probleme und Grenzen von Global Governance, in: Hippler, Jochen/Schade, Jeanette: US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance, Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen/Standort Duisburg, INEF Report, Heft 70, S. 5-25.
- Huntington, Samuel** (1999): Die einsame Supermacht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, S. 548-560.
- Jäger, Thomas** (2001): Hypermacht und Unilateralismus: Außenpolitik unter George W. Bush, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, S. 837 - 846.
- Kagan, Robert** (2002): Macht und Schwäche: was die Vereinigten Staaten und Europa auseinander treibt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10, S. 1194 - 1206.
- Kleinfeld, Gerald** (1988): Die Vereinigten Staaten und Europa, in: Westeuropa und die USA. Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Perspektiven, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 266, Bonn, 225-231
- Koch, Jutta** (1996): Pax Americana for ever? Über Wunsch und Vermögen der USA, die Weltpolitik zu führen, in: Meyer, Berthold (Hrsg): Eine Welt oder Chaos, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main, S. 153 - 177.
- Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin** (2002): Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48, S. 40-46.
- Krauthammer, Charles** (2002/2003): The Unipolar Moment Revisited, in: The National Interest, Vol. 70, Winter 2002/03, S. 5 - 17.
- Kreft, Heinrich** (2002): Vom Kalten zum "Grauen Krieg". Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25, S. 14-22.
- Kubbig, Bernd W./Dembinski, Matthias/Kelle, Alexander** (2000): Unilateralismus als alleinige außenpolitische Strategie? Die amerikanische Politik gegenüber UNO, NATO und der Chemiewaffen-Organisation in der Ära Clinton, HSFK-Report 3/2000, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main.
- Kull, Steven** (2002): Public Attitudes Toward Multilateralism, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (Hrsg): Multilateralism and US Foreign Policy: Ambivalent Engagement, Boulder, S. 99-120.
- Kupchan, Charles** (2003): Die europäische Herausforderung. Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas, Berlin (Deutsch von Friedrich Mielke).
- Lindsay, James M.** (2003): Apathy, Interest, and the Politics of American Foreign Policy, in: May, Bernhard/Hönicke Moore, Michaela (Hrsg): The Uncertain Superpower: Domestic Dimensions of U.S. Foreign Policy After the Cold War, Opladen, S. 41-56.
- Luck, Edward C.** (2003): False Choices: Unilateralism, Multilateralism, and U.S. Foreign Policy, in: May, Bernhard/Hönicke Moore, Michaela (Hrsg): The Uncertain Superpower: Domestic Dimensions of U.S. Foreign Policy After the Cold War, Opladen, S. 161-184.

- Malone, David M./Khong, Yuen Foong** (2003a): Unilateralism and U. S. Foreign Policy: International Perspectives, in: Malone, David M./Khong, Yuen Foong (Hrsg.), Unilateralism and U. S. Foreign Policy. International Perspectives, Boulder, Colorado/London, S. 1-17.
- Malone, David M./Khong, Yuen Foong** (2003b): Resisting the Unilateral Impulse: Multilateral Engagement and the Future of U. S. Leadership, in: Malone, David M./Khong, Yuen Foong (Hrsg.), Unilateralism and U. S. Foreign Policy. International Perspectives, Boulder, Colorado/London, S. 421-430.
- Malone, David M.** (2003): A Decade of U. S. Unilateralism?, in: Malone, David M./Khong, Yuen Foong (Hrsg.), Unilateralism and U. S. Foreign Policy. International Perspectives, Boulder, Colorado/London, S. 19-38.
- Mann, Michael** (2003): Die ohnmächtige Supermacht : warum die USA die Welt nicht regieren können, Frankfurt/Main u. a.
- Menzel, Ulrich** (2003): Die neue Hegemonie der USA und die Krise des Multilateralismus, Forschungsbericht, entstanden im Rahmen des Projekts „Die Politik der USA im UN-Sicherheitsrat und das Regime humanitärer Intervention“ am Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig, Braunschweig
- Mielke, Friedrich** (2002/03): Unilateralismus in der US-Außenpolitik: Die Vorherrschaft der Bush-Regierung, in: Rissener Einblicke, 12/1, S. 5-24.
- Müller, Harald** (2000): Amerikanischer Unilateralismus: Ein Weltordnungsproblem, in: Friedensgutachten 2000, hrsg. von Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/ Schoch, Bruno, Münster, S. 43-52.
- Nuscheler, Franz** (2001): Multilateralismus vs. Unilateralismus: Kooperation vs. Hegemonie in den transatlantischen Beziehungen, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Nye, Joseph S.** (2002a): The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone, New York.
- Nye, Joseph S.** (2002b): Limits of American Power, in: Political Science Quarterly, Vol. 117, No. 4, S. 545 - 559.
- Patrick, Stewart** (2002): Multilateralism and Its Discontents: the Causes and Consequences of US Ambivalence, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (Hrsg): Multilateralism and US Foreign Policy: Ambivalent Engagement, Boulder, S. 1-46.
- Rudolf, Peter** (2002a): Die USA und die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September 2001, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25, S. 7-13.
- Rudolf, Peter** (2002b): Deutschland und die USA - eine Beziehungskrise?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48, S. 16-23.
- Schade, Jeanette** (2002): Unilaterales US-Handeln im multilateralen Kontext – Eine tabellarische Übersicht, in: Hippler, Jochen/Schade, Jeanette: US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance, Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen/Standort Duisburg, INEF Report, Heft 70, S. 26-38.
- Schild, Georg** (2002a): Die bedrohte Supermacht: die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Endes des Kalten Krieges, Opladen.
- Schild, Georg** (2002b): Amerikanischer Anspruch auf Unilateralismus: nationale Interessen in der US-Außenpolitik, in: Internationale Politik, Nr. 4, S. 37-41.

- van Oudenaren, John** (2002): Unilateralism, Multilateralism, and Transatlantic Relations: Thinking Through the Conceptual Issues, Internet-Manuscript.
- Voigt, Karsten D.** (2003): Macht, Souveränität und Herrschaft des Rechts - neue Herausforderungen an die transatlantischen Beziehungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46, S. 3-6.
- Wedgwood, Ruth** (2002): Unilateral Action in a Multilateral World, in: Patrick, Stewart/Forman, Shepard (Hrsg): Multilateralism and US Foreign Policy: Ambivalent Engagement, Boulder, S. 167-190.